

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wilhelm Bruns

Was ist neu am „neuen Denken“ in der DDR?
Die Friedens- und Sicherheitspolitik steht im Zentrum

Günther Heydemann

Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis
in der DDR seit 1945

Hans-Ulrich Thamer

Nationalsozialismus und Faschismus
in der DDR-Historiographie

B 13/87
28. März 1987

Wilhelm Bruns, Dr. phil., geb. 1943; Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

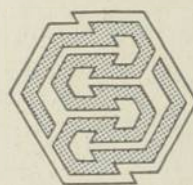
Veröffentlichungen u. a.: Die friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1980²; Deutsch-deutsche Beziehungen. Prämissen, Probleme, Perspektiven, Opladen 1984⁴; Uneinig in den Vereinten Nationen, Köln 1980; (zusammen mit C. Krause und E. Lübckemeier) Sicherheit durch Abrüstung, Bonn 1984; (zusammen mit Horst Ehmke und Christian Krause) Bedrohungsanalysen, Bonn 1985; DDR-Außenpolitik, Berlin 1985.

Günther Heydemann, Dr. phil., geb. 1950; Studium der Geschichte, Germanistik, Sozialkunde und des Italienischen in Erlangen, Bonn und Florenz; wiss. Mitarbeiter am Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg 1977–1980; wiss. Assistent am Institut für Osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Erlangen-Nürnberg 1980–1982 sowie 1982–1985 am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Bayreuth; seit Ende 1985 wiss. Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut London.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit F. Griebach), Walter Flex. Aus dem Nachlaß. Eine Dokumentation Heusenstamm 1978; Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland, Frankfurt a. M./Bern 1980 (ausgezeichnet mit dem Ernst-Richert-Preis für DDR- und vergleichende Deutschland-Forschung 1980); Carl Ludwig Sand – Die Tat als Attentat, Hof 1985.

Hans-Ulrich Thamer, Dr. phil., geb. 1943; Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Münster; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Klassischen Philologie in Marburg und Berlin.

Veröffentlichungen: Revolution und Reaktion in der französischen Sozialkritik des 18. Jahrhunderts. Linguet, Mably, Babeuf, 1973; (zus. mit W. Wippermann) Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung, 1977; Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984 und 1985 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Was ist neu am „neuen Denken“ in der DDR?

Die Friedens- und Sicherheitspolitik steht im Zentrum

I. Wie weit geht das „neue Denken“ in der DDR?

Seit drei Jahren ist in Reden führender DDR-Politiker und in Aufsätzen von Gesellschaftswissenschaftlern der DDR (wie auch der UdSSR) von der Notwendigkeit eines neuen Denkens im Atomzeitalter die Rede. „Das pränukleare Denken hat seine Bedeutung im wesentlichen am 6. August 1945 verloren“, stellte Michail Gorbatschow in einer Rede im sowjetischen Fernsehen am 18. August 1986 fest¹⁾. Erich Honecker unterstrich auf dem XI. Parteitag der SED: „Erforderlich ist der ernsthafte Wille, nicht in den Denkschablonen der Konfrontation und des Strebens nach militärischer Überlegenheit zu verharren, sondern auf neue Weise an die Dinge heranzugehen, neue Formen und Verfahren in den Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Systemen, Staaten und Regionen zu finden.“²⁾

Gorbatschow hatte bereits in seiner Pariser Rede vom 3. Oktober 1985 betont: „Es ist eine ganz neue Situation, die einen Bruch mit den Traditionen, mit der Denk- und Handlungsweise bedeutet, die sich in Jahrhunderten, ja Jahrtausenden herausgebildet haben. Das menschliche Denken braucht Zeit, um sich allem Neuen anzupassen. Das trifft auf alle zu. Wir spüren das, wir haben begonnen, umzudenken, viele gewohnte Sachen, darunter auf militärischem und natürlich auf politischem Gebiet, voll mit den neuen Realitäten in Einklang zu bringen. Wir möchten, daß ein solches Umdenken auch in Westeuropa und außerhalb seiner Grenzen einsetzt . . .“³⁾.

Wie soll das „neue Denken“ aussehen und welche Änderungen sind damit im Marxismus-Leninismus verbunden? Gibt es bereits Ansätze für eine „neue Praxis“ als Folge des „neuen Denkens“? Warum wird zum „neuen Denken“ im Atomzeitalter erst heute aufgefordert und nicht schon viel früher, denn das atomare Zeitalter hat ja nicht erst seit kurzem begonnen? Wie zeigt sich das „neue Denken“ im Politisch-Konzeptionellen sowie im Militär-Strategischen? Was bedeutet das „neue Den-

ken“ für die intersystemaren Beziehungen, also zwischen Ost und West und im deutsch-deutschen Verhältnis? Im einzelnen würde man ferner weiter fragen, was das erklärte „neue Denken“ bedeutet für die friedliche Koexistenz, die als spezifische Form des Klassenkampfes in der außenpolitischen Doktrin der kommunistischen Staaten vertreten wird. Gibt es hier eine neue Entwicklung in der Frage des „gerechten Krieges“? Was bedeutet das „neue Denken“ schließlich für die Darstellung des politischen Systemgegners (Feindbild, Bedrohung u. a.)?

Dies sind einige Fragen, auf die im folgenden eine Antwort gesucht werden soll, und zwar mit Hilfe von entsprechenden Redetexten wie auch der einschlägigen Literatur aus der DDR⁴⁾. Es soll so etwas wie eine erste Zwischenbilanz gezogen werden, um festzustellen, wie das „neue Denken“ begründet wird, welche Hauptkenntnisse aus der bisherigen Debatte zu ziehen sind und welche Anknüpfungspunkte sich für uns daraus ergeben.

Obleich seit etwa 1983/84 mit zunehmender Intensität und Detailliertheit in Artikeln und Reden in der DDR für ein „neues Denken“ und ein „neues Herangehen“ an die internationale Politik geworben wird, finden diese Bemühungen bei uns nur spärliche Resonanz – sowohl in der Wissenschaft wie in der Politik⁵⁾. Läßt sich daraus schließen, daß diese Debatte in der DDR bei uns nicht ganz so

⁴⁾ Aus der Fülle einschlägiger Schriften zum „neuen Denken“ der letzten Jahre stellvertretend für andere: Max Schmidt, Neue Herausforderungen an das menschliche Denken und Handeln, in: *Horizont*, (1986) 3, S. 8 f.; A. Dobrynin, Für eine kernwaffenfreie Welt, dem 21. Jahrhundert entgegen, in: *Einheit*, (1986) 9, S. 780–790; Bonk/Franke/Paff, *Friedenssicherung und Abrüstung*, Berlin (Ost) 1984; Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hrsg.), *Europa. Frieden oder Untergang?*, Berlin (Ost) 1984; Gerhard Powik, *Entspannung oder Konfrontation*, Berlin (Ost) 1984; Meißner/Lohs (Hrsg.), *Frieden ohne Alternative*, Berlin (Ost) 1985; Militärakademie „Friedrich Engels“ und Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), *Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges*, Berlin (Ost) 1984; Rolf Reissig, *Sozialismus und Systemauseinandersetzung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, (1986) 4, S. 309–318; Herbert Krolikowski, *Dringendes Gebot: Neues Herangehen an alle internationalen Angelegenheiten*, in: *Horizont*, (1986) 8, S. 3 f.

⁵⁾ Vgl. z. B. Johannes Kuppe, „Neues politisches Denken“ auch in der DDR?, in: *DDR-Report*, (1986) 12, S. 689–692.

¹⁾ Broschüre des APN-Verlages, Moskau 1986, S. 5.

²⁾ Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, Berlin (Ost) 1986, S. 11.

³⁾ Zitiert nach *Europa-Archiv*, (1985) 21, D 588–593, hier D 591.

ernst genommen wird? Möglicherweise hängt die spärliche Resonanz auch damit zusammen, daß sich das Neue am „neuen Denken“ analytisch nicht sofort erschließt und politisch nicht klar wird, was dies etwa im Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik bedeutet.

Um das Neue am „neuen Denken“ festzustellen, gibt es methodisch zwei Wege: Das Neue könnte aus der Konfrontation mit den Erfordernissen unserer Zeit gewonnen werden. Weiter könnte so verfahren werden, daß Aussagen von heute denen von vor zehn oder fünfzehn Jahren konfrontiert werden, um auf diesem Weg Veränderungen festzustellen und zu sagen, was neu im Sinne von veränderten Positionen ist. Im folgenden soll jedoch nicht alternativ, sondern additiv vorgegangen, d. h. die Vorzüge beider Wege sollen angewandt werden.

II. Sicherheitspolitischer Hintergrund für das Entstehen eines neuen Denkens

Die Forderung nach „neuem Denken“ kam zu einer Zeit auf, die durch folgende Sachverhalte bzw. Entwicklungen gekennzeichnet war und ist:

1. Die Erfahrungen der siebziger Jahre — besonders bei den SALT-Verhandlungen — hatten gezeigt, daß es kaum möglich war, die qualitative Rüstungsdynamik zu begrenzen. Egon Bahr folgte daraus 1982 zu Recht: „Die Entwicklung neuer Waffensysteme wächst schneller als die Fähigkeit, sie zu begrenzen.“⁷⁾ Durch neue Rüstungstechnologien drohten neue Instabilitäten, vor allem da die Zielgenauigkeit der Systeme weiter verbessert wurde. Hinzu kam die Ausdehnung der Aufrüstungsprozesse auch in den Weltraum, wo neuartige Raketen- und Satellitenabwehrsysteme disloziert werden sollen, was ebenfalls äußerst instabil wirken kann.

2. Die zweite wesentliche Erfahrung war, daß die Rüstungen unterhalb der strategischen Ebene überhaupt nicht begrenzt worden waren, die Rüstungsdynamik aber gerade auch in diesem Bereich fortgesetzt wurde, was die Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 entfachte.

3. Daraus folgt, daß Rüstungssteuerungsverhandlungen in den achtziger Jahren vor umfangreichen Problemen stehen: Sie müssen ein Waffenspektrum umfassen, das von den möglichen Raketenabwehr-

oder Ingrun Drechsler, „Produktive Unruhe“ bei den Einheitssozialisten, in: Vorwärts, Nr. 3 v. 17. Januar 1987, S. 20f.

⁶⁾ Der Autor steht seit Jahren in ständigem und intensivem Arbeitskontakt zu Wissenschaftlern aus der DDR und verdankt den zahlreichen Gesprächen wichtige Anregungen.

⁷⁾ Egon Bahr, Gemeinsame Sicherheit, in: Europa-Archiv, (1982) 14, S. 421–430, hier S. 421.

Diese Veränderungen im konzeptionellen wie praktischen Denken und Verhalten gilt es im folgenden darzustellen und zu analysieren sowie auf ihre Wirkungen etwa auch auf die deutsch-deutschen Beziehungen zu untersuchen. Die Analyse versteht sich dabei weniger als Teil der DDR-Forschung, sondern mehr als angewandte Friedensforschung, d. h. es wird der Versuch gemacht, auf dem Wege der Empathie (nicht gleichzusetzen mit Sympathie nach Ansatzpunkten für verbesserte Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und fruchtbareren deutsch-deutschen Beziehungen im besonderen zu suchen. In der Friedensforschung versteht man unter Empathie das Bemühen und die Fähigkeit, sich in die Lage des anderen hineinzusetzen, um so dessen Motive und Überlegungen besser zu verstehen⁶⁾).

systemen über die strategischen Systeme und die weitreichenden Mittelstreckensysteme bis hin zu Systemen kürzerer Reichweite reicht. Dies wirft vor allem Probleme der Zählkriterien auf. Hinzu kommt, daß bei einzelnen Systemen, wie etwa den Marschflugkörpern, aber auch einigen ballistischen Systemen der Sowjetunion, nicht einmal zwischen einer nuklearen, einer chemischen oder einer konventionellen Armierung unterschieden werden kann.

4. Zu diesen Problemen der Rüstungssteuerung im Ost-West-Konflikt kommt ferner hinzu, daß sich die Aufrüstungsprozesse auch in der Dritten Welt fortgesetzt haben. Dies geschieht, obgleich die Staaten der UNO 1978 auf der ersten Abrüstungs-sondergeneralversammlung der UNO sich gegen den Standpunkt gewandt hatten, die nationale Sicherheit durch Rüstung steigern zu können. Trotzdem sind die meisten Staaten der Ansicht, daß die Gleichung mehr Rüstung = mehr Sicherheit nach wie vor gilt. Somit war es absehbar, daß die weltweiten Rüstungsausgaben schon bald die Billionen-DM-Grenze erreichen würden⁸⁾.

Dies ist in etwa die internationale sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Lage, die erkennbar in die Forderung der DDR (wie der UdSSR) nach „neuem Denken“ und „neuem Herangehen“ einging. Für die DDR kamen noch eine Reihe punktueller Entwicklungen wie das Heraufziehen des Scheiterns der sogenannten INF-Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR und des Beginns der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Mis-

⁸⁾ Nach dem jüngsten SIPRI-Yearbook „World Armaments and Disarmament 1986, Stockholm 1986, beliefen sich die Weltrüstungskosten auf 663,12 Mrd. US-Dollar!

siles sowie insbesondere die Stationierung von neuen sowjetischen nuklearen Kurzstreckensystemen in der DDR hinzu.

Im Westen ist Anfang der achtziger Jahre in der Wissenschaft wie in der Politik ein neues Konzept, gruppiert um die Begriffe „Gemeinsame Sicherheit“ und „Sicherheitspartnerschaft“, entwickelt worden. Insbesondere durch die Palme-Kommission und die Diskussion über deren Ergebnisse ist die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“ popularisiert worden⁹⁾. Die Idee wuchs aus der Erkenntnis, daß es im nuklearen Zeitalter keine Sieger mehr geben kann. Beide Seiten, Ost und West, müssen Sicherheit erlangen nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm: „Internationale Sicherheit muß von der Verpflichtung zu gemeinsamem Überleben getragen sein, nicht von der Androhung gegenseitiger Vernichtung“¹⁰⁾, wie Olof Palme schrieb. Eine solche Orientierung verlangt ein Umdenken, nämlich den Gegner als Partner zu akzeptieren.

Zunächst hat die DDR (wie der Warschauer Pakt insgesamt) eher zurückhaltend auf solche Überlegungen reagiert, dann mit dem Hinweis auf die „friedliche Koexistenz“ behauptet, daß diese im Grunde alle Elemente dessen beinhalte, was im Westen „gemeinsame Sicherheit“ genannt wurde. Nachdem jedoch deutlich gemacht werden konnte, und zwar in direkten Gesprächen, daß es sich bei der „Gemeinsamen Sicherheit“ und der „Friedlichen Koexistenz“ um zwei völlig verschiedene Ansätze handelt, begannen insbesondere Gesellschaftswissenschaftler der DDR unter der Überschrift „neues Denken“ die konzeptionellen Anstöße produktiv aufzunehmen, um aus der Sicht der DDR zu formulieren, was im ausgehenden 20. Jahrhundert notwendig ist, um die Sicherheit in Europa zu stabilisieren. Dabei wurde etwa ab 1983 der Gedanke hervorgehoben, daß es bei dem Versuch, das nukleare Inferno zu verhindern, darum geht, nicht stets das Trennende zwischen den Systemen hervorzuheben, sondern vielmehr nach Anknüpfungspunkten für die Friedenserhaltung zu

suchen. Der Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, hat es im April 1983 auf der Internationalen Karl-Marx-Konferenz in Ost-Berlin als „ein Gebot der Stunde“ bezeichnet, daß „alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die den Frieden aufrichtig wollen, ungeachtet unterschiedlicher politischer Programme, weltanschaulicher Positionen und religiöser Bekenntnisse, über Klassenschranken, über Trennendes hinweg zusammenwirken, um die Völker vor der Katastrophe eines Nuklearkrieges zu bewahren. Damit werden die Divergenzen nicht aufgehoben. Die Verteidigung des Friedens als höchstes Gut der Menschheit ist das vorrangige, gemeinsame, einigende Interesse. Dabei läßt das Engagement für den Frieden viel Spielraum für eine gegenseitig vorteilhafte Kooperation auf verschiedensten Gebieten.“¹¹⁾ Dies war die Geburtsstunde für das Angebot der DDR zu einer „Koalition der Vernunft“ — ungeachtet aller Unterschiede der Systeme und Ideologien.

Es ist festzustellen, daß es zwar bei allen Gesellschaftswissenschaftlern und Philosophen der DDR mittlerweile zum guten Ton gehört, für das „neue Denken“ zu plädieren, daß es jedoch durchaus Unterschiede zwischen den Wissenschaftlern bzw. Institutionen gibt. Am weitesten gehen Wissenschaftler der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Hier gibt es die interessantesten Anknüpfungspunkte für die theoretisch-konzeptionelle Debatte wie für die Systemauseinandersetzung. Von Wissenschaftlern des Instituts für Politik und Wirtschaft (IPW) kommen aufschlußreiche Überlegungen insbesondere zu der Frage, was denn das „neue Denken“ im diplomatischen Verkehr (etwa für die Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit auch im deutsch-deutschen Verhältnis) bedeutet. Auf die wissenschaftlichen Mitarbeiter dieser beiden Institutionen entfällt der Hauptanteil aller einschlägigen Artikel zum neuen Denken in der DDR, an denen sich dann andere Institutionen und Wissenschaftler der DDR orientieren.

III. Wie wird das „neue Denken“ definiert?

Wie lassen sich einige der wichtigsten Grundzüge eines solchen „neuen Denkens“ definieren? Diese zentrale Frage beantwortet der Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft, Professor Max Schmidt¹²⁾, indem er sechs Elemente hervorhebt:

⁹⁾ Vgl. „Der Palme-Bericht“ zur „Common Security“, Berlin 1982.

¹⁰⁾ Ebenda, S. 12.

¹¹⁾ Karl Marx und unsere Zeit. Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt, Dresden 1983, S. 22.

¹²⁾ Vgl. auch den Artikel von Max Schmidt, Neues Denken in Handeln umgesetzt, in: Horizont, (1986) 9, S. 8f.

1. Es sei notwendig, „eine globale Denk- und Handlungsweise zu entwickeln, die die heutige Fixierung des politischen Denkens und Handelns auf die Zersplitterung der Welt und das Gegeneinander ihrer Bestandteile überwindet und für die der vorrangige Ausgangs- und Bezugspunkt die Einheit der Welt und die zu ihrem Erhalt notwendigen Erfordernisse sind“.

2. „Zwischenstaatliche Interessen und Auffassungsunterschiede, politische, ideologische, ökonomische und sonstige Gegensätze, ja Antagonismen

müssen, sollen sie den Fortbestand der Menschheit nicht gefährden, heute und in Zukunft ausschließlich mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden.“

3. Zu den Grundzügen neuen Denkens gehöre eine „Neueinschätzung des Stellenwertes und eine veränderte Austragungsweise der ideologischen Gegensätze zwischen den sozial- und weltanschaulich unterschiedlichen Seiten“.

4. Es gebe nicht nur eine Vernichtungsabhängigkeit, sondern auch eine gegenseitige Abhängigkeit des Überlebens. „Die nationale Sicherheit keines Staates kann heute mehr unabhängig von der anderer Staaten gewährleistet werden.“ Es könne nur noch Sicherheit mit dem anderen geben, also gemeinsame Sicherheit.

5. „Neues Denken ist gefragt hinsichtlich des Verhältnisses von politischen und militärischen Mitteln im Agieren von Staaten bzw. beim Verfolgen ihrer Interessen.“ Für die Friedensfrage zwischen Ost und West „gibt es keine militär-technologische Lösung“.

6. „Das komplexe Herangehen an die Sicherheit und Zusammenarbeit erfordert nicht nur die Zurückdrängung des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen. Vielmehr ist es notwendig, ein umfassendes Sicherheitssystem zu schaffen, daß die wichtigsten Dimensionen der Weltpolitik erfaßt, die politische, militärische, ökonomische und humanitäre Seite . . .“. Heute gehe es darum, alles zu tun, damit ein Einstieg bzw. Durchbruch im Kampf gegen das Wettrüsten gelingt.

Damit sind die wichtigsten Grundzüge definiert. Nur muß jetzt gefragt werden, was dies alles für die staatliche Praxis in den Ost-West-Beziehungen bedeutet, sowohl unter politischen, militärischen, ökonomischen wie humanitären Aspekten. Max Schmidt schreibt: „Von seiten der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gibt es ein sehr intensives, konsequentes Bemühen, das eigene Denken und die eigene Politik voll und ganz mit den Erfordernissen der Zeit in Übereinstimmung zu bringen.“

Es ist richtig, daß sich offenbar die neue sowjetische Führung in der Tat um eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen bemüht und dazu einige interessante Vorschläge im Bereich der Abrüstung gemacht hat. Diese Vorschläge sind jedoch deswegen nicht auf die erhoffte Resonanz gestoßen, weil auch frühere prozentuale Abrüstungsvorschläge mit einem generellen Dilemma konfrontiert waren: Die Militärstrategien von Ost und West sind völlig verschieden. Die Struktur der Streitkräfte ist es nicht minder. Daraus folgt: Das „neue Denken“ darf sich nicht im Prinzipiellen erschöpfen (so wichtig hier Änderungen sind) und auch nicht in radika-

len Forderungen (wie etwa der, daß alle Atomwaffen bis zum Jahre 2000 beseitigt sein sollen), sondern es müßte die bislang vernachlässigten militärstrategischen Fragen einschließlich der Struktur von Streitkräften und ihrer Dislozierung zum Hauptgegenstand des „neuen Denkens“ machen.

In einem gemeinsamen Artikel haben Max Schmidt und Wolfgang Schwarz unter der Überschrift „Frieden und Sicherheit im nuklear-kosmischen Zeitalter“¹³⁾ sich mit den Folgen des Wettrüstens wie mit der nuklearen Kriegführung befaßt. Sie nennen neun Forderungen, die eingeleitet werden mit dem Satz, daß ein neues Herangehen sich sowohl vom Ansatz wie auch von seinen Mitteln und Methoden her grundlegend von dem des vornuklearen Zeitalters unterscheiden müsse:

1. Sicherheit könne nicht mehr gegen den potentiellen Gegner erreicht werden, sondern nur noch gemeinsam mit ihm, d. h. als „systemübergreifende Sicherheit“.

2. „Dauerhafte Sicherheit ist nur zu erlangen, wenn dem potentiellen Gegner gleiche Sicherheit zustanden wird.“

3. Sicherheitsgewährleistung erfordere nicht nur, „die legitimen Sicherheitsinteressen der anderen Seite verbal anzuerkennen, sondern bei Maßnahmen zur Wahrnehmung der eigenen Sicherheitsinteressen darauf bedacht zu sein und diese so zu treffen, daß denen der anderen Seite kein Schaden zugefügt wird“.

4. Sicherheit könne nicht länger durch Anwendung militärischer Gewalt gewährleistet werden. Gewaltfreiheit sei ein zwingendes Gebot der internationalen Staatenbeziehungen.

5. „Solange der militärische Faktor aus dem außenpolitischen Instrumentarium der Staaten nicht eliminiert ist, setzt Sicherheit ein annäherndes militärisches Gleichgewicht zwischen den potentiellen Gegnern voraus.“

6. Sicherheit könne nicht mehr errüstet werden. „Bedrohungen durch andere Staaten — ob tatsächlich existierend oder eingebildet — können nicht ‚weggerüstet‘ werden.“

7. Sicherheit könne auf Dauer nur gewährleistet werden, wenn es gelinge, „die materielle Kriegsgefahr zu reduzieren, d. h. über Rüstungsbegrenzung zur Abrüstung vorzustoßen“.

8. Sicherheit im Nuklearzeitalter könne „letztendlich nur auf der Basis kooperativer Verhandlungslösungen für alle wichtigen sicherheitsrelevanten Fragen der Ost-West-Beziehungen im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich geschaffen werden“.

¹³⁾ In: IPW-Berichte, (1986) 9, S. 1–12 (Teil 1).

9. Die Ausprägung eines neuen Sicherheitsdenkens erfordere schließlich „das Überdenken bzw. die Revision des althergebrachten Inhalts einer Reihe solch grundlegender politischer und militärischer Begriffe wie z. B. Macht, Überlegenheit, Sieg“.

Dieser Forderungskatalog ist hochinteressant. Er ist jedoch nur dann wertvoll und weiterführend, wenn diese einzelnen Forderungen operationalisiert werden, um sie dann am Verhandlungstisch in die Praxis überzuführen. Denn in den richtigen Forderungen steckt eine Reihe von unbestimmten politischen Begriffen, die konkretisiert werden müßten. Um dies an einigen Fragen deutlich zu machen:

Wenn von gleicher Sicherheit bzw. von legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seite gesprochen wird, müßte eine nachvollziehbare Kräftevergleichsanalyse vorgelegt werden, aus der

erkennbar wird, inwieweit gleiche Sicherheit bzw. legitime Sicherheitsinteressen der anderen Seite anerkannt werden. Die fünfte Forderung beispielsweise verlangt geradezu zwingend eine Kräftevergleichsanalyse, die bislang aus dem Warschauer Pakt nicht vorliegt (die aus westlichen Quellen wird vom Warschauer Pakt abgelehnt). Und nicht zuletzt die letztgenannte Forderung: Es ist in der Tat dringend notwendig, eine Reihe von hergebrachten Begriffen auf ihre heutige Brauchbarkeit zu überprüfen. Zu diesen von den beiden Wissenschaftlern genannten Begriffen wie Macht, Überlegenheit und Sieg kommen andere hinzu, beispielsweise Souveränität unter Interdependenzbedingungen, aber auch der Begriff der friedlichen Koexistenz, wie er bisher definiert wurde. Die beiden Autoren schreiben an anderer Stelle, daß die Abschreckung nicht der Logik des Nuklearzeitalters entspreche. Was soll an die Stelle der Abschreckung gesetzt werden?

IV. Was bedeutet das „neue Denken“ in der Praxis?

Der zweite Teil des Aufsatzes von Max Schmidt und Wolfgang Schwarz¹⁴⁾ ist noch weitaus interessanter, insbesondere deshalb, weil hier Akzentverschiebungen bzw. Neubewertungen vorgenommen werden. Im wesentlichen geht es darum, das zu beschreiben und zu erläutern, was die Autoren „sozialistische Sicherheitskonzeption und -politik“ nennen. In diesem Kontext spielt die friedliche Koexistenz konzeptionell eine zentrale Rolle. Hier schreiben die Autoren, daß die Entwicklung der letzten Zeit dazu geführt habe, „den Inhalt der Politik der friedlichen Koexistenz wesentlich weiterzuentwickeln“. Worin besteht diese Weiterentwicklung? Zunächst wird gesagt, daß die friedliche Koexistenz im nuklear-kosmischen Zeitalter „von einer möglichen Form zu einem kategorischen Imperativ der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geworden ist“. Friedliche Koexistenz bedeute heute nicht nur die Abwesenheit von Krieg und auch nicht mehr das bloße friedliche Nebeneinander von Staaten. Friedliche Koexistenz bedeutet darüber hinaus Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, die gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Normen des Völkerrechts sowie aus internationalen Verträgen ergeben. „Der friedliche Wettstreit der Systeme unter Ausschluß militärischer Mittel muß dabei mehr und mehr durch die Entwicklung einer komplexen systemübergreifenden Zusammenarbeit der Staaten ergänzt werden

mit dem Ziel, ein solches Geflecht von Interdependenzen zu schaffen, das die Möglichkeiten und den Anreiz immer mehr verringert, eine Politik der Hochrüstung und Konfrontation zu verfolgen oder zu ihr zurückzukehren.“

An anderer Stelle wird wiederholt, daß es nicht nur um die „einfache Abwesenheit von Krieg“ gehe, sondern um einen „wahrhaft positiven Frieden, der auf Abrüstung und Zusammenarbeit beruht“. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß hier ein Begriff verwandt wird, „positiver Friede“, der aus der westlichen Friedensforschung (Galtung) entlehnt worden ist, ohne daß dieser positive Frieden, der bei Galtung ausführlich dargestellt wird, inhaltlich vorgestellt würde.

Der Vorschlag, ein allumfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen, das sowohl die politische wie militärische sowie ökonomische wie humanitäre Komponente umfasse, sei als „Angebot eines erweiterten Kodexes der friedlichen Koexistenz zu werten“. Heißt dies, daß die friedliche Koexistenz nicht mehr die „spezifische Form des Klassenkampfes“ ist und nicht mehr ideologische Auseinandersetzung, sondern lediglich der friedliche Wettstreit der Systeme? Doch wie soll dieser friedliche Wettstreit der Systeme aussehen?

Die beiden Autoren Schmidt und Schwarz erläutern sodann das Abrüstungsprogramm des Warschauer Pakts, das von der Verhinderung der Weltraumrüstung über die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen und die Reduzierung konventioneller Streitkräfte bis hin zu vertrauens- und sicherheits-

¹⁴⁾ Frieden und Sicherheit im nuklear-kosmischen Zeitalter, Teil II, in: IPW-Berichte, (1986) 10, S. 1-9.

bildenden Maßnahmen reiche, einschließlich einer konkreten Kontrolle von Abrüstungsmaßnahmen. Das „sozialistische Abrüstungsprogramm“ wird als Umsetzung neuen Denkens in Handeln verstanden, wobei als „strategisches Endziel“ die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle formuliert wird. Dieses Ziel sei in einem historisch längerfristigen Prozeß erreichbar. „Konkret setzen sich die sozialistischen Staaten mit aller Kraft für ein schrittweises, aufeinander aufbauendes Vorgehen ein, beginnend mit solchen Maßnahmen, die den beteiligten Seiten jeweils gemeinsam realisierbar erscheinen und die Kompromißlösungen ermöglichen.“

Dies ist auch ein Kommentar zum Gipfel in Reykjavik. Hätte sich dieser hier beschriebene Ansatz durchgesetzt, hätten sich Reagan und Gorbatschow in Reykjavik zumindest auf ein Mittelstreckenwaffenabkommen und auf ein Abkommen über strategische Interkontinentalraketen geeinigt. Und zwar streng nach dem Grundsatz, mit solchen Maßnahmen zu beginnen, die den beteiligten Seiten jeweils gemeinsam realisierbar erscheinen und die Kompromißlösungen ermöglichen. Doch der sowjetische Ansatz war ein anderer. Die Sowjetunion hat eine Paketlösung vorgeschlagen, was ein „schrittweises, aufeinander aufbauendes Vorgehen“ im Ergebnis ausschließt.

Aufschlußreich und weiterführend sind auch die Bemerkungen zu den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen¹⁵⁾. Es ist eine Neubewertung, wenn heute dem Abbau von Mißtrauen und der Entwicklung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Gesamtprozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eine „eigenständige Bedeutung“ zugemessen wird. Auf dem Papier gibt es keinen unüberbrückbaren Unterschied mehr in der Funktionsbeschreibung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, wenn die beiden Autoren schreiben: „Obwohl VSBM (vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, W. B.) die Mittel der Kriegführung in ihrem Umfang nicht verändern, so können sie doch deren Verfügbarkeit eingrenzen (z. B. durch den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen), ihre

Konzentration in besonders sensiblen Regionen beschränken (etwa durch die Festlegung von Höchststärken für Manöver und andere Truppenbewegungen), die Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit militärischer Aktivitäten erhöhen (u. a. durch jährliche Vorankündigungen größerer militärischer Bewegungen und die Einladung von Manöverbeobachtern) und so beispielsweise die Gefahr von Überraschungsangriffen mindern.“ Diese Bemerkung zur Konzeption der vertrauensbildenden Maßnahmen ist sicher ein Ergebnis der Auswertung der Stockholmer KVAE.

Zweimal bemühen die Autoren „spezielle Sicherheitsinteressen“ der DDR, einmal bei einer C-Waffen-freien Zone und zum anderen bei einer Zone, die von nuklearen Gefechtsfeldwaffen frei wäre. Die Autoren plädieren ferner für „die genaueste und umfassendste Kontrolle oder Verifikation der Einhaltung von Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung“. Dies sei ein äußerst wichtiges Element des Abrüstungsprozesses. Stets laute die Frage: „Wieviel Kontrolle ist notwendig, um hinreichende Sicherheit über den kontrollierten Gegenstand zu erlangen?“

Dies ist in der Tat die entscheidende Frage, und es ist auch völlig richtig zu sagen, daß je mehr Abrüstung vereinbart wird, desto mehr Kontrolle erforderlich sei. Allerdings werden westliche Vorschläge zum Kontrollverfahren im einzelnen nicht aufgegriffen. Am Schluß des Artikels wird gesagt, daß unabhängig vom globalen Herangehen Europa „naturgemäß einen wichtigen regionalen Schwerpunkt“ der Bemühungen der kommunistischen Staaten bilde. Es wird wiederholt, daß in der „sozialistischen Europapolitik“ das gemeinsame Haus „vieler, politisch und sozial unterschiedlich strukturierter Staaten“ zu gestalten sei, ohne daß hier Einzelheiten genannt werden. Obgleich bei „entscheidenden Kräften“ in den Regierungen imperialistischer Staaten „noch wenig oder nichts von einem neuen politischen Denken und Handeln zu spüren ist“, sieht man gute „objektive und subjektive Voraussetzungen“ für eine Koalition der Vernunft, des Realismus und des guten Willens aller am Frieden interessierten Kräfte¹⁶⁾.

V. Jeder muß den anderen für friedensfähig halten

Nur wenn jeder den anderen für prinzipiell friedensfähig hält, ist Gemeinsame Sicherheit möglich.

¹⁵⁾ Vgl. dazu Wilhelm Bruns, Ohne Vertrauen keine Abrüstung. Zur Position der DDR gegenüber Vertrauensbildenden Maßnahmen, in: Deutschland-Archiv, (1982) 6, S. 596–605.

¹⁶⁾ Zur „Koalition der Vernunft“ vgl. Max Schmidt/Gerhard Basler in: IPW-Berichte, (1985) 5, S. 1–7; dies., Weltweite Koalition der Vernunft-Überlebenschance der Menschheit, in: Horizont, (1985) 6, S. 3.

Geht das „neue Denken“ so weit, daß dieser Grundsatz konsensfähig ist? Einen im Westen vielbeachteten Beitrag zur gedanklichen Durchdringung der Gemeinsamen Sicherheit hat der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Mitglied des ZK der SED, Otto Reinhold, geschrieben: „Den Frieden miteinander sichern“¹⁷⁾. Sein Ausgangspunkt: Es hat sich

¹⁷⁾ In: Horizont, (1986) 4, S. 3f.

eine „prinzipiell neue Situation herausgebildet“, die ein neues Herangehen und einen neuen Ansatz in der internationalen Politik erfordert. Unter Bezugnahme auf den XXVII. Parteitag der KPdSU wird eine Reihe von „wichtigen Positionen“ formuliert, die als Elemente der „Gemeinsamen Sicherheit“ und der „Sicherheitspartnerschaft“ gelten können, z. B. die Erkenntnis, daß Sicherheit im Atomzeitalter nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander möglich ist. „Den Frieden miteinander zu sichern kann nicht auf der militärstrategischen Überlegenheit der einen oder der anderen Seite begründet werden. Dazu ist Parität und die Akzeptanz der berechtigten Sicherheitsinteressen beider Seiten erforderlich.“

Es gehe jetzt darum, „eine Reihe von Grundanforderungen durchzusetzen, um gut miteinander leben zu können“. Otto Reinhold nennt hier vier Punkte. So müsse es darum gehen, „alle Quellen und Faktoren zu beseitigen, die die Existenz der Menschheit und damit natürlich auch die Existenz beider Seiten überhaupt bedrohen“. Die „Politik des Dialogs im weitesten Sinne des Wortes“ sei die adäquate Form der Absicht, „gut miteinander leben zu können“. Drittens sei es notwendig, „ein Geflecht von politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und anderen Beziehungen zu schaffen, die insgesamt auf die Sicherung des Friedens gerichtet sind“.

In diesem Zusammenhang verweist der Autor auf die erstmalige Formulierung eines sozialistischen Europaprogramms, das sowohl die Zusammenarbeit zwischen dem RGW und der EG einschließe wie auch Vorschläge zur gemeinsamen Forschung im Bereich der Hochtechnologien und der Erschließung des Kosmos zu friedlichen Zwecken. „Viertens heißt miteinander gut auskommen, daß der historische Wettbewerb zwischen beiden Systemen ausschließlich auf friedlichem Weg erfolgt.“ Der Wettstreit der beiden Systeme werde „gewichtiger“. Dabei geht der DDR-Wissenschaftler davon aus, daß die Frage immer wichtiger werde, „wer in der Lage ist, die gesellschaftlichen, insbesondere aber die sozialen Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse aller Werktätigen zu bewältigen“. Diese Frage werde immer mehr zur „Schlüsselfrage des Wettstreites zwischen Sozialismus und Kapitalismus“.

In der ideologischen Auseinandersetzung führt Otto Reinhold eine Klärung in drei Fragen herbei: Friedliche Koexistenz sei auf den Frieden gerichtet und sei nicht eine spezifische Form des Klassenkampfes. Absolute Priorität habe die Friedenssicherung. Dies müsse zu der Frage führen, „wie

unter diesen Bedingungen ideologische Unterschiede und Gegensätze ausgetragen werden“. Hier verweist er auf die fruchtbaren Gespräche der Grundwertekommission der SPD mit DDR-Wissenschaftlern (die SPD wird als „sozialreformistische Partei“ bezeichnet). In der ideologischen Auseinandersetzung gehe es darum, zwischen Antikommunisten und Nichtkommunisten zu unterscheiden (die Sozialdemokraten als Gegner des Marxismus-Leninismus werden implizit in die Rubrik Nichtkommunisten eingeordnet). Wenn heute von Antikommunismus die Rede ist, geht es nach Meinung der SED vor allem um jene Form, „mit der die aggressive Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik begründet bzw. ihr Wesen verschleiert werden soll, die im Sozialismus das ‚Reich des Bösen‘ sieht, das aus der Geschichte getilgt werden soll“.

Die Praxis wird zeigen, wie tragfähig diese Unterscheidung ist. Wichtiger ist die Klarstellung, daß in der ideologischen Auseinandersetzung jeder „den anderen für friedensfähig (hält) und alle Klischeevorstellungen aus seinem Arsenal (verbannt)“. Dies betrifft hier zwar in erster Linie das Gespräch zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, sollte jedoch prinzipiell gelten. Nur so läßt sich die ideologische Auseinandersetzung führen!

Die Systemauseinandersetzung wird als ein langfristiger Prozeß der Zusammenarbeit, des Wettbewerbs und Wettstreits begriffen, der nicht „zwangsläufig zur Konfrontation und zum Konflikt“ führen müsse. Dieser Prozeß sei nicht allein durch Interessengegensätze, sondern auch durch gemeinsame oder parallele Interessen geprägt. „Zusammenarbeit und Wettbewerb setzen eine Veränderung der ökonomischen und politischen Gesellschaftsstruktur im anderen System weder voraus, noch sind sie auf eine solche Veränderung zu richten.“²⁰⁾ Wenn es aber richtig ist, daß ideologische Unterschiede uns nicht daran hindern sollten, Mißtrauen zu überwinden und Vertrauen zu schaffen, um die Probleme, die die Menschheit bedrücken, gemeinsam zu lösen, so brauchen wir in der Tat eine neue Kultur des ideologischen Streits. Dazu müssen Wissenschaftler ihren Beitrag leisten, um wichtige Auseinandersetzungs- und Abgrenzungsfragen zu klären, wie z. B. folgende: Wo liegt die Grenze zwischen zulässigem ideologischen Streit und unzulässigem „ideologischen Krieg“? Wo liegt die Grenze zwischen unvermeidlicher gegenseitiger Einwirkung aufeinander und unzulässiger Einmischung?

²⁰⁾ So Rolf Reißig, Zur Weiterentwicklung der Friedenskonzeption der sozialistischen Gemeinschaft, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, (1986) 7–8, S. 497–505, hier S. 502.

VI. Folgen für die Imperialismusforschung der DDR wie für die Systemauseinandersetzung?

Am 16. Mai 1986 fand auf Einladung der Redaktion der IPW-Berichte eine hochinteressante Diskussion statt, an der Otto Reinhold, Rolf Reißig, Werner Paff, Max Schmidt und Lutz Maier unter der Gesprächsführung von Martin Weckwerth teilnahmen. Aus dieser Diskussion lassen sich einige bemerkenswerte gedankliche Ansätze in Stichworten herausstellen¹⁸⁾:

1. Ausgangspunkt ist die These, daß „wir uns in einer prinzipiell neuen Situation befinden“ (Otto Reinhold).
2. Ein neues Denken, neue Schlußfolgerungen, ein neues Handeln im internationalen Leben seien notwendig.
3. Es geht nach Meinung von Max Schmidt¹⁹⁾ in der Imperialismusforschung der DDR darum, daß der Imperialismus „heute weniger denn je nur in seiner Entwicklung, in seiner Politik, d. h. gewissermaßen aus ihm selbst heraus betrachtet“ werden könne, sondern daß man von der „Einheit der Welt“ ausgehen müsse, „einer sehr widersprüchlichen, aber in vielem ganzheitlichen Welt“.
4. Wir haben es mit einer „wachsenden Interdependenz“ der Probleme zu tun, wobei die Frage der Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter die Hauptfrage ist.

Zum Thema der Diskussionsrunde, wie der Imperialismus auf die neuen Herausforderungen der Zeit antworte, wurde eine Reihe von Antworten gegeben, die insgesamt auf eine Neubewertung der Imperialismusforschung der DDR hindeuten. Um hier einige der wichtigsten Punkte herauszugreifen:

1. Man könne heute aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen westlicher Länder wie auch der unterschiedlichen Probleme, vor denen einzelne Länder stehen, nicht mehr von der Kon-

zeption des Imperialismus im Sinne eines Singular generalis sprechen (Otto Reinhold).

2. Der zunehmende Differenzierungsprozeß verlange die „sorgfältige Analyse unterschiedlicher Nuancen, Varianten oder Typen der Entwicklung im kapitalistischen System und in den einzelnen kapitalistischen Ländern“ (Lutz Maier).

3. Der zunehmende Differenzierungsprozeß verlange insgesamt eine differenzierte Analyse.

Zugespißt könnte man sagen: Die Imperialismusforschung der DDR steht vor einem neuen konzeptionellen Anlauf. Die Diskussion war offenbar die Einleitung eines Forschungsprozesses, der zu neuen Ufern führen soll. Forschungsleitend — nicht nur für den ökonomischen Bereich — könnte dabei sein, was Lutz Maier so umreißt: „Eines der Hauptelemente des vieldiskutierten neuen Denkens in unserer Zeit muß daher die Ausarbeitung eines Konzepts der bewußten schrittweisen Verringerung der in der heutigen Welt noch vorhandenen einseitigen Abhängigkeiten und der Herbeiführung von immer mehr gegenseitigen Abhängigkeiten, der allmählichen Annäherung der Lebensbedingungen aller Völker durch umfassende und ungehinderte Zusammenarbeit der Staaten auf gleichberechtigter Grundlage sein. Meiner Meinung nach müssen dabei internationale Vereinbarungen über den Austausch von Wissenschaft, Technik und Technologie im weitesten Sinne des Wortes das zentrale Anliegen und die Alternative zum imperialistischen Hegemoniekonzept bilden.“

Nach diesen mehr grundsätzlichen Erörterungen soll nun nach Veränderungen in einzelnen Bereichen gefragt werden, die für die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und der deutsch-deutschen Beziehungen im besonderen von großer Wichtigkeit sind. Beginnen wir mit der „friedlichen Koexistenz“, mit dem Strukturprinzip der DDR-Außenpolitik.

VII. „Neues Denken“ und die „friedliche Koexistenz“

In den Reden führender DDR-Politiker sowie im DDR-Schrifttum wird nicht selten so getan, als sei die „friedliche Koexistenz“ die einzig mögliche Antwort des „real existierenden Sozialismus“ auf die „Logik des Atomzeitalters“ und die „friedliche Koexistenz“ die Basis für gemeinsame grenzüber-

schreitende Problemlösungen im ausgehenden 20. Jahrhundert. Eine solche Festlegung verlangt eine intensive und materialgestützte Auseinandersetzung²¹⁾ mit dem für die staatlichen Westbeziehungen der DDR zentralen Strukturprinzip der DDR-Außenpolitik²²⁾. Dies kann hier nicht geschehen. Folgende beiden Punkte sollten jedoch

¹⁸⁾ In: IPW-Berichte, (1986) 7, S. 1–15.

¹⁹⁾ Über Themen und Herangehensweise der Imperialismusforschung der DDR berichtet Max Schmidt (Vorsitzender des Rates für Imperialismusforschung der DDR) in: „Ergebnisse und Aufgaben marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung“, in: IPW-Berichte, (1986) 4, S. 1–16.

²¹⁾ Vgl. dazu Wilhelm Bruns, Friedliche Koexistenz, Hamburg 1976. Aus jüngster Zeit: Erhard Eppler, Friedenspolitik und Ideologie, in: Medias, (1986) 4, S. 8–12.

²²⁾ Vgl. Wilhelm Bruns, DDR-Außenpolitik, Berlin 1985, hier insbes. S. 48 ff.

beachtet werden, wenn es um die Bewertung der „friedlichen Koexistenz“ geht. Konstitutiv für die „friedliche Koexistenz“ war lange Zeit:

– Friedliche Koexistenz ist eine spezifische Form des internationalen Klassenkampfes.

– Bei der unvermeidlichen ideologischen Auseinandersetzung von Imperialismus und Sozialismus wurde den Vertretern des „real existierenden Sozialismus“ alles erlaubt, weil deren Ideen per definitionem friedliebend waren, während jede kritische Auseinandersetzung mit den Staaten des Warschauer Pakts mit dem stigmatisierenden Etikett „ideologischer Krieg“ bzw. „ideologische Divergenz“ versehen wurde.

Ein solches Verständnis von „friedlicher Koexistenz“, das von „unversöhnlichen“ und „unüberbrückbaren Gegensätzen“²³⁾ ausging, ist heute nicht mehr die angebotene Grundlage für die Systemauseinandersetzung. Im Laufe der letzten drei Jahre traten zwei wichtige Änderungen ein:

– Weil die Antithese zum Frieden heute nicht mehr der Krieg, sondern die nukleare Vernichtung der Menschheit ist, ist der Friedenskampf heute ein Teil der grundlegenden gemeinsamen Interessen. Daraus folgt: Der Friedenskampf richtet sich nicht gegen den Kapitalismus (Imperialismus) als Gesellschaftsformation, sondern gegen die „aggressivsten Teile des Imperialismus“. Der Hauptpunkt ist nicht der Klassenkampf, sondern das Auffinden von gemeinsamen Interessen bei der Kriegsverhinderung und Friedensgestaltung²⁴⁾.

– Bei der ideologischen Auseinandersetzung wird nach einer Streitkultur gesucht, die die notwendige

Auseinandersetzung zwischen Ost und West fair, friedlich und frei von Alleinvertretungsansprüchen („Marxismus-Leninismus ist die Friedensidee par excellence“ u. ä.) führt. Zwischen Wissenschaftlern aus beiden deutschen Staaten gibt es hier fruchtbare Ansätze zur Entwicklung einer solchen Streitkultur.

Dominierte lange Zeit der Klassenkampfgedanke das Verständnis von „friedlicher Koexistenz“, so bedeutet das Zurücktreten dieses Gedankens nicht, daß der Klassenkampf keine Rolle mehr spielt. Hier hat es offenbar innerhalb der SED Diskussionen und Fragen gegeben, die Professor Kurt Hager, Politbüromitglied und zuständig für „Ideologie“ im ZK der SED, zum Anlaß für eine Grundsatzrede am 24. Oktober 1986 in der Humboldt-Universität genommen hat²⁵⁾. Diese Rede wird als Versuch gewertet, das Verhältnis von Kampf und Koexistenz, von gemeinsamer Suche nach Lösungen und fortbestehenden Gegensätzen auszutarieren. Damit soll eine DDR-interne Diskussion beendet werden, die sich auch an der Frage entzündet, wie denn der „soziale Fortschritt“ im Weltmaßstab angestrebt werden könne, wenn das gemeinsame Überleben (und nicht der Klassenkampf) die Priorität sei. Darauf hat Hager klipp und klar geantwortet, daß die Verhinderung der nuklearen Katastrophe und die Sicherung des Weltfriedens heute sozialen Fortschritt bedeuten. Ideologische Gegensätze bleiben zwar bestehen, „jedoch muß man lernen, mit diesen Gegensätzen zu leben und sie unter friedlichen Bedingungen auszutragen“²⁶⁾. Dies ist durchaus etwas Neues.

VIII. Welchen Stellenwert hat die Landesverteidigung bei der Friedenssicherung und -gestaltung?

Diese Frage stellt sich mit großer Dringlichkeit, weil dies ein zentraler Anwendungsbereich des neuen Denkens ist. Altes Denken konstruierte folgenden Unterschied: Die eigenen Streitkräfte wurden als Instrument der Friedenssicherung definiert, die des anderen als Bedrohung. Neues Denken in diesem Bereich verböte eine so simple Gegenüberstellung, bei der die Streitkräfte des einen legitim und die des anderen illegitim und als materielle Kriegsvorbereitung denunziert werden.

²³⁾ So Autoren des IPW in einer 1977 erschienenen Publikation „Friedliche Koexistenz in Europa“, Berlin (Ost) 1977, hier S. 42.

²⁴⁾ Vgl. Frank Berg/Rolf Reißig, Zur Dialektik von Frieden, Sicherheit und sozialem Fortschritt in der Gegenwart, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, (1985) 10, S. 865–874.

²⁵⁾ Kurt Hager, Marxismus-Leninismus und Gegenwart, in: Neues Deutschland v. 6. November 1986, S. 3 f.

²⁶⁾ Ebenda, S. 3. Vgl. auch Rolf Reißig, Sozialismus und Systemauseinandersetzung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, (1986) 4, S. 309–318.

Schaut man sich unter diesem Gesichtspunkt die jüngere Literatur aus der DDR an, insbesondere die, die sich offenbar an die Soldaten der NVA sowie an Jugendliche wendet, von denen die DDR erwartet, daß sie sich zum Dienst in der NVA verpflichten, so zeigt sich folgendes Bild:

– Für die DDR stellen der weltweite Kampf um Frieden und Sicherheit und der militärische Schutz des real existierenden Sozialismus eine untrennbare Einheit dar.

– Ein solches Diktum folgt aus der Aussage, wonach der Sozialismus und der Frieden wesenseins seien und der Imperialismus seinem Wesen nach aggressiv sei.

– Das, was bei uns gelegentlich als Militarisierung der Gesellschaft bezeichnet wird, nämlich Feindbildstilisierung und Appelle an die Gefechtsbereitschaft und Erhöhung der Kampfkraft, ist im Verständnis der SED notwendiger Bestandteil der mili-

tärischen Erziehung in den Streitkräften der DDR, denn: „Voraussetzung für die friedenssichernde, friedenserhaltende Wirkung unserer Verteidigungsanstrengungen ist eine hohe Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der sozialistischen Streitkräfte sowie die Einsatzfähigkeit aller Bereiche der Landesverteidigung.“^{26a)}

— Aus der behaupteten Aggressivität des Imperialismus leitet insbesondere die Militärliteratur der DDR ab, daß die Rüstung der NATO materielle Kriegsvorbereitung sei.

Dies ist herkömmliches Denken. Hat sich die Formel vom „neuen Denken“ und „neuen Herangehen“ im militärischen Bereich bislang nicht ausgewirkt? Daß insbesondere Militärs das „alte Denken“ bevorzugen, zeigt beispielsweise ein DDR-Buch aus jüngerer Zeit mit dem Titel „Die Streitkräfte der NATO auf dem Territorium der BRD“²⁷⁾. Einer der Kernsätze lautet: „Die NATO ist der größte und zugleich mächtigste imperialistische Kriegspakt.“²⁸⁾ Und: „Die Führung der NATO und ihrer Mitgliedstaaten räumt der politisch-ideologischen Vorbereitung der Streitkräfte und der Bevölkerung auf einen Aggressionskrieg gegen die Staaten des Warschauer Vertrages einen hohen Stellenwert ein. Die psychologische Kriegsführung, deren Kräfte und Mittel bereits seit Jahrzehnten im Einsatz sind, ergibt sich aus dem Charakter des Kampfes, den der Imperialismus gegen den Sozialismus führt und für den ihm jedes Mittel recht ist.“²⁹⁾

Mit solchen Sätzen kann man überkommene Bedrohungsbilder pflegen, nicht jedoch zu einem angemessenen Bild vom „Gegenüber“ beitragen. „Neues Denken“ ist hier nicht erkennbar!

In der marxistisch-leninistischen Kriegstheorie gab es lange Zeit die Unterscheidung von gerechtem und ungerechtem Krieg. Ungerechte Kriege waren

per definitionem „imperialistische“ Kriege. Wenn es heute richtig ist, daß es — wie Gorbatschow in Paris gesagt hat³⁰⁾ — in einem Kernwaffenkrieg keine Sieger mehr geben könne, so ist die Unterscheidung damit obsolet geworden. Für Europa gilt dies offenbar uneingeschränkt, für den Kampf der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt nicht³¹⁾.

Offenbar gibt es in der Militärliteratur der DDR zu ersteren Position andere Meinungen, die möglicherweise damit zu tun haben, daß man beim Soldaten keine Motivationsprobleme aufkommen lassen will. In einer 1986 erschienenen Broschüre aus der DDR heißt es beispielsweise: „Nach wie vor gehört zur unverrückbaren Überzeugung der machtausübenden Arbeiterklasse, daß es auch in der Gegenwart keine schicksalshafte Unvermeidbarkeit von Kriegen gibt, daß es folglich nicht zum schicksalshaften Untergang der Menschheit kommen muß . . . Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und ihre Armeen müssen stark genug sein, um das militärstrategische Gleichgewicht zu wahren und den Krieg zu verhindern. Von dieser Stärke hängt auch ab, ob der Gegner selbst im Falle einer Aggression mit dem für ihn tödlichen Risiko konfrontiert wird. In solch einem Fall ginge es nicht schlechthin um den Sieg einer Armee, sondern um den Erhalt der Existenz der Menschheit, um die Lebenskraft des Sozialismus, es ginge darum, eine solche von den USA und der NATO entfesselte Aggression ‚nicht in eine globale Katastrophe ausufern zu lassen‘. Hieraus ergibt sich auch der Sinn des vorbehaltlosen Einsatzes des Lebens durch jeden Bürger und jeden Armeemitglied im Fall einer imperialistischen Aggression. Dafür ist sehr entscheidend, daß der Soldat nicht mit der lähmenden Befürchtung des unausbleiblichen Untergangs, sondern mit dem unbeugsamen Willen zum Sieg im Gefecht kämpft.“³²⁾

IX. Das „neue Denken“ und die Beziehungen der DDR zur UdSSR

Nach gängiger Vorstellung gibt es eine enge Abstimmung zwischen der UdSSR und der DDR, wobei die DDR großen Wert darauf legt, nicht von der UdSSR abzuweichen. Bezogen auf das „neue Denken“ gibt es jedoch gravierende Unterschiede

zwischen der UdSSR (KPdSU) und der DDR (SED), insbesondere was die Reichweite dieses „neuen Denkens“ angeht.

Der Themenbereich „neues Denken“ in der DDR ist eingrenzbar. Das heißt, es steht im Zusammen-

kämpfen werden, nicht in eine Situation in dem einen oder anderen Land kommen werden, wo sie dies auf bewaffnetem Weg machen würden oder müßten. Ich glaube, das kann man nicht ausschließen. Und insofern ist das natürlich ein gerechter Krieg. Was aber diese Bezeichnung betrifft für die heutigen atomaren Kriege: Ich bin der festen Überzeugung, daß sich hier diese Kennzeichnung als gerechter oder ungerechter Krieg überholt hat“ (zit. nach Frankfurter Rundschau v. 3. 6. 1986, S. 10).

³²⁾ Autorenkollektiv der Militärakademie „Friedrich Engels“, Sozialistische Landesverteidigung im Friedenskampf, Berlin (Ost) 1986, S. 58.

^{26a)} Willi Effenberger, Erfordernisse des bewaffneten Schutzes von Frieden und Sozialismus, in: Einheit, (1982) 3, S. 312—316, hier S. 314.

²⁷⁾ Erarbeitet von einem Autorenkollektiv, Berlin (Ost) 1984.

²⁸⁾ Ebenda, S. 11.

²⁹⁾ Ebenda, S. 267.

³⁰⁾ Vgl. Anm. 3.

³¹⁾ Vgl. Otto Reinhold in einem Gespräch mit Günter Gaus im ARD-Fernsehen am 20. April 1986: „Es gibt natürlich Befreiungskriege, ob alle, die um ihre nationale Befreiung

hang vor allem mit Überlegungen zur Friedenssicherung und Kriegsverhinderung. Dies ist der Kontext aller einschlägigen Artikel. Das bedeutet, daß das „neue Denken“ vornehmlich auf zwischenstaatliche Beziehungen, also auf die Außenpolitik anwendbar sein soll. Aus den zahlreichen Artikeln wie aus Gesprächen mit DDR-Wissenschaftlern wird klar, daß sich aus der Sicht der DDR das „neue Denken“ nicht etwa auf die Gesellschaftsordnung oder auf die Innen- wie Wirtschaftspolitik bezieht. Hier zeigt sich der Unterschied zum sowjetischen Herangehen (Gorbatschow hatte auf dem jüngsten ZK-Plenum der KPdSU im Januar 1987 einen umfassenderen Ansatz gewählt und insbesondere auch die Wirtschafts- und Innenpolitik der UdSSR sowie die inneren Verhältnisse der kommunistischen Partei in das „neue Denken“ einbezogen)³³). Die DDR beschränkt hingegen das „neue Denken“ im wesentlichen auf die Außenpolitik; insofern handelt es sich hier nicht um ein umfassendes Herangehen.

Die DDR bezieht sich in ihren Artikeln andererseits direkt auf sowjetische Quellen. An erster

Stelle wird Gorbatschow genannt, der allerdings erst 1985 vom Erfordernis des „neuen Denkens“ sprach, und zwar in seiner Pariser Rede³⁴). Besonders auf einen sowjetischen Autoren wird immer wieder rekurriert: auf Schachnasarow. Sein Begriff von der „Logik des Nuklearzeitalters“ fand Eingang in das DDR-Schrifttum³⁵). Der Vergleich von sowjetischen Stellungnahmen und DDR-Analysen zeigt jedoch folgendes:

– Die DDR-Arbeiten beziehen sich zwar auf sowjetische Quellen, gehen jedoch weit über diese hinaus und sind präziser in einigen Punkten als die sowjetischen Autoren³⁶).

– Im DDR-Schrifttum erscheint das „neue Denken“ operativer und nachvollziehbarer, weil es zumindest andeutet, in welche Richtung Veränderungen in der Praxis vorstellbar sind. Die Palette reicht hier von der Veränderung der ideologischen Auseinandersetzung über den Stellenwert vertrauensbildender Maßnahmen bis hin zu präzisen Vorschlägen zur Rolle der beiden deutschen Staaten.

X. Was ist neu am „neuen Denken“? Eine Zwischenbilanz

Das „neue Denken“, d. h. das Herangehen und Verhalten wird nicht aus Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes (der weitergeht) definiert, sondern aus der „Logik des Atomzeitalters“ mit dem Ziel, ein „nukleares Inferno“ zu verhindern. Dies ist der Kernpunkt des „neuen Denkens und Herangehens“³⁷). Aus dem Primat der „Logik des Atomzeitalters“ lassen sich Ansätze im Denken und Verhalten in der Praxis ableiten, die auch empirisch nachvollziehbar bzw. nachprüfbar sind. Um nur die wichtigsten Veränderungen in der Praxis (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) aufzuzählen:

– Seit 1986 gibt es Abrüstungsvorschläge des Warschauer Pakts, die keine Waffenart ausklammern, konkret und negoziabel sind. Sie sind insofern auch umfassend, als der bisherige Ansatz, sich auf das Atomare zu beschränken, aufgegeben wurde. Nunmehr spielt offenbar die konventionelle Stabilität

eine ebenso große Rolle (zumindest nach dem Vorschlag des Warschauer Pakts von Budapest vom 12. Juni 1986).

– Die bisherige restriktive Position des Warschauer Pakts zur Kontrolle von Abrüstungsmaßnahmen ist völlig aufgegeben worden. Nunmehr gilt, daß diese Kontrollmaßnahmen den Abrüstungsmaßnahmen adäquat sein sollen, was bedeutet, daß die Abrüstungsmaßnahmen das Ausmaß der Kontrollen bestimmen, bis hin zu Vor-Ort-Inspektionen, wie sie etwa im Dokument von Stockholm nach erfolgreicher Beendigung der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vereinbart sind.

– Wurde lange Zeit das westliche Drängen auf Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) dadurch diskretiert, daß behauptet wurde, VBM sollten Abrüstungsschritte ersetzen (was nicht der Fall war), so wird heute den VBM eine eigenständige Rolle zugemessen als Vorbereiter bzw. Begleiter von Abrüstung und Rüstungskontrolle. (Beleg ist hier das Verhalten der kommunistischen Staaten bei der KVAE in Stockholm, aber auch Aussagen in der Literatur, wie etwa in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig mit dem Schwerpunkt „Vertrauen“³⁸).

³⁸) Dabei wird eingeräumt, daß die „marxistisch-leninistische“ Erforschung des Vertrauens erst am Anfang stehe, denn Vertrauen sei eine „ambivalente Kategorie“, die erst einmal eingeordnet werden müsse.

³³) Vgl. BPA/Ostinformationen, 19/87, S. 7 ff., und das Schlußwort Gorbatschows, zit. nach „Dokumente“, hrsgg. von der Presseabt. der Botschaft der UdSSR, 10/1987 v. 30. 1. 1987.

³⁴) S. Anm. 3.

³⁵) G. Ch. Schachnasarow, Die politische Logik des Nuklearzeitalters, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, (1984) 5, S. 451–462.

³⁶) Vgl. etwa die Übersicht von Helga Weiß in den IPW-Berichten, (1986) 12, S. 53–57. Siehe auch: A. Gromyko/W. Lomeyko, Neues Denken im Atomzeitalter, Leipzig-Jena-Berlin (Ost) 1985.

³⁷) Vgl. Max Schmidt, Die Erde – gemeinsames Haus der Menschheit, in: Einheit, (1987) 2, S. 116–121.

— Im Gegensatz zu den siebziger Jahren geht die DDR heute von einem erweiterten Sicherheitsbegriff aus, d. h. Sicherheit wird nicht nur auf das Militärische beschränkt, sondern sie hat auch eine politische, ökonomische und humanitäre Komponente.

— Die Rolle der beiden deutschen Staaten wird immer stärker betont. Es wird gefordert, daß die Bundesrepublik und die DDR aus ihren Bündnissen heraus gemeinsame bzw. parallele Initiativen zur Abrüstung und Entspannung entwickeln sollen. Von der DDR werden „spezifische Beiträge“ in die internationale Politik eingeführt: eine Chemiewaffenfreie Zone und eine Zone ohne Gefechtsfeldwaffen. Auch gegenüber anderen Themen wie etwa den Vertrauensbildenden Maßnahmen zeigt man sich aufgeschlossen.

Die Bereitschaft der DDR zum „neuen Denken“ und „neuen Herangehen“ an die internationale Politik ist ernst zu nehmen. Allerdings handelt es sich hier um einen Prozeß, der erst am Anfang steht. Dennoch hat er eine Reihe von anknüpfungsfähigen Punkten hervorgebracht und wichtige Klärungen herbeigeführt. Es kommt nun auch auf unsere Reaktion an, wie weit, wie schnell und in welche Richtung sich das „neue Denken“ entwickelt. Dazu ist der Dialog auf breiter Basis, d. h.

³⁹⁾ Vgl. etwa Peter Klein, Für ein umfassendes System der internationalen Sicherheit, IPW-Berichte, (1986) 12, S. 1–8.

zwischen Wissenschaftlern, Ökonomen und Politikern notwendig.

Im Westen sollte die Forderung nach „neuem Denken“ nicht allein unter Gesichtspunkten einer Bringschuld des Ostens gesehen werden. So unbestreitbar sich der Warschauer Pakt in einigen Punkten auf Ansätze zubewegt, die zuerst im Westen entwickelt und vertreten worden sind — wie z. B. das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, das der vertrauensbildenden Maßnahmen oder das der verbesserten Verifikation von Abrüstungsmaßnahmen —, so richtig ist auch, daß es sich hier um einen Prozeß handelt, bei dem die positive Resonanz des Westens Entwicklungen im Warschauer Pakt vorantreiben kann. Dies verlangt eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Konzepten und die Bereitschaft zu ergebnisorientierten Verhandlungen.

Die Diskussion über das „neue Denken“ in der DDR kann auch für die Fortsetzung und Ausgestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen neue Chancen eröffnen. Die Suche nach Feldern der Zusammenarbeit im Rahmen einer „Koalition der Vernunft“ bedeutet weniger Abgrenzung und mehr Annäherung. Die Bundesregierung ist gefordert, die DDR auch als Partner bei allen grenzüberschreitenden Problemen zu sehen. In dem Maße, wie dies geschieht, könnten die beiden deutschen Staaten zur Stabilität in Europa und zu fruchtbaren Ergebnissen in den deutsch-deutschen Beziehungen beitragen.

Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis in der DDR seit 1945

I.

Daß Geschichte als vergangene Wirklichkeit die Realität der Gegenwart immer wieder einzuholen vermag, hat nicht erst die jüngste Auseinandersetzung über die adäquate Interpretation und historische Einordnung der Verbrechen des Nationalsozialismus erwiesen. Geschichte war und ist ein Politikum und wird es im geteilten Deutschland bleiben¹⁾, zumal beide deutsche Staaten mit ihren unterschiedlichen Gesellschaftssystemen aus dem Anspruch heraus leben, jeweils „die vernünftige Konsequenz aus der gemeinsamen deutschen Geschichte gezogen zu haben.“ Insofern komme es darauf an, so Karl Friedrich Erdmanns bis heute gültige Feststellung, „in diesem Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte, auf die wir verschiedene Antworten geben, . . . solange uns die staatliche Einheit verwehrt ist, die Nation als dialektische Einheit zu praktizieren“²⁾.

Daß es indessen schwerfällt, diesem besonnenen Urteil und der darin enthaltenen Handlungsanweisung Folge zu leisten, erweist sich auf nahezu allen Ebenen der vertrackten deutsch-deutschen Beziehungen. Dies gilt auch für die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die zu ihrem Pendant in der DDR und deren Interpretation deutscher Geschichte bis heute kein rechtes Verhältnis hat finden können. Vielmehr ist die Frage, ob eine eingehende Auseinandersetzung mit der Geschichtswissenschaft der DDR wissenschaftlich überhaupt sinnvoll und lohnend ist, von der bundesdeutschen Historiographie jahrelang verneint worden. Überspitzt formuliert gab es für sie bis in die siebziger Jahre hinein nur eine einzige deutsche *legitime* Geschichtswissenschaft, nämlich sie selbst. Was aus dem anderen Teil Deutschlands, aus der ‚Zone‘, herüberkam und nur gelegentlich zur Kenntnis genommen wurde, war Klio als Unperson, eine Muse, die eigentlich den Namen

nicht verdiente und mit der es sich nicht lohnte, in Diskussion zu treten.

Aus dieser über Jahre hinweg praktizierten Ignorierung der anderen, ‚zweiten‘ deutschen Historiographie und ihrer wissenschaftlichen Forschungsergebnisse entwickelte sich zwangsläufig ein Informationsdefizit, das man allerdings längere Zeit nicht wahrnahm. Erst etwa ab Mitte der siebziger Jahre begann man auch in der Bundesrepublik Deutschland die Geschichtswissenschaft der DDR verstärkt in Augenschein zu nehmen, wobei freilich die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft selbst dazu entscheidende Schrittmacherdienste leistete. Denn von der neuen, z. T. spektakulär erscheinenden, tatsächlich aber nur modifizierten Auseinandersetzung der DDR-Historiker mit Themen wie z. B. Luther, Preußen, Friedrich der Große und in jüngster Zeit Bismarck wurde das bundesrepublikanische Interesse an der Geschichtsforschung im anderen deutschen Staat stark gefördert. Dieses Interesse ist seither gewachsen, zumal man auf westdeutscher Seite registrieren mußte, daß die Geschichtswissenschaft der DDR inzwischen von einer ehemals *selektiven*, nur einzelne Geschichtsepochen und -themen bearbeitenden Forschung zu einem *integralen*, d. h. die gesamte Geschichte umfassenden Ansatz gelangt ist.

Spiegelbildlich gesehen lag und liegt in der SBZ/DDR demgegenüber ein völlig anderer Tatbestand vor. Hier hatte man schon *vor* ihrem Bestehen als personell und institutionell tatsächlich marxistisch-leninistische Historiographie die westdeutsche Klio genauestens und kontinuierlich beobachtet und sich eingehend mit ihren Forschungsergebnissen auseinandergesetzt – freilich in ausschließlich diffamierender Polemik, lange Jahre weitab von echter wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Bis in die frü-

Bei dem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und mit den notwendigsten Literaturangaben versehene Fassung eines Vortrages, den der Verfasser auf der Tagung der ‚Gesellschaft für Deutschlandforschung‘ (GfD) „Die zweite deutsche Geschichtswissenschaft. Beiträge zu einer Bilanz der historischen Forschung in der DDR“ (27./28. November 1986 in Berlin) gehalten hat. Der Aufsatz versucht, Grundzüge der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945 zu skizzieren. Eine umfassende Darstellung der Wissenschaftsgeschichte der DDR-Historiographie ist auf beiden Seiten der Demarkationslinie bisher Desiderat geblieben.

¹⁾ Vgl. zur kaum mehr überschaubaren Literaturfülle, die das „Nachdenken über Deutschland“ hinsichtlich der Deutschen Frage, der Deutschlandpolitik, des Problems deutscher Identität und deutscher Geschichte in den letzten Jahren hervorgebracht hat, den umfassenden und ausgewogenen Beitrag von Jürgen C. Heß, Westdeutsche Suche nach nationaler Identität, in: Die Deutsche Frage in der Weltpolitik, hrsgg. von Wolfgang Michalka (=Neue Politische Literatur, Beiheft 3), Stuttgart 1986, S. 9–50.

²⁾ Karl Dietrich Erdmann, Die Nation im geteilten Deutschland, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 28 (1977) 12, S. 749.

hen sechziger Jahre hinein kam die intensive Beobachtung der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung durch die DDR-Historiographie fast einer manisch-depressiven Fixierung gleich, mochte die sowjetische Geschichtswissenschaft in der DDR auch durchweg als das ausschließliche Vorbild gepriesen werden. Diese aufmerksame Beobachtung ist dabei um so stärker hervorzuheben, weil in der noch jungen DDR häufig nur unter großen Schwierigkeiten an geschichtswissenschaftliche Literatur aus der Bundesrepublik Deutschland heranzukommen war.

Solche wissenschaftshistorische Skizzierung des antagonistischen Verhältnisses beider deutscher Geschichtswissenschaften seit 1945 mag auf den ersten Blick befremden. Doch eine Reihe von Faktoren, die die beiderseitigen Reaktionen und das daraus entspringende Verhältnis der deutschen Geschichtswissenschaften zueinander bestimmt haben und z. T. noch bestimmen, erklären den Sachverhalt. Da ist zunächst die Ära und Atmosphäre des Kalten Krieges zu nennen mit all ihren – über die unmittelbar ideologisch-politischen Konsequenzen hinausreichenden – Auswirkungen auch im Wissenschaftsbereich; sodann die damit eng zusammenhängende Auseinanderentwicklung in theoretischer, methodischer, aber auch organisatorischer Hinsicht, von der unterschiedlichen Definition des wissenschaftlichen Selbstverständnisses des Faches und seinen politisch-ideologischen Funktionen hüten und drüben ganz zu schweigen; schließlich die über Jahre hinweg bestehende ideologisch-doktrinaire Stagnation der DDR-Geschichtswissenschaft, die sie für jeden wissenschaftlichen Dialog nicht nur unaufgeschlossen, sondern auch unattraktiv machte; endlich die Phase der ‚dritten großen Grundlagenkrise‘ (Theodor Schieder) der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft ab etwa 1967/68, als sich ‚die Zunft‘ hierzulande – in einer Grundsatzdiskussion über Theorie- und Methodenfragen, gesellschaftliche Standortbestimmungen und den Abbau von Geschichtsunterricht an den Schulen einzelner Bundesländer befanden – sozusagen mit sich selbst im Clinch befand und kaum imstande war, den Blick auf ihr Gegenüber in der DDR zu werfen.

Bis etwa Mitte der siebziger Jahre stellte die Geschichtswissenschaft der DDR für die Historiographie in der Bundesrepublik Deutschland kaum mehr als die abgewandte Seite des Mondes dar; erst dann begannen vereinzelt Forschungsarbeiten sich intensiv mit der Geschichtswissenschaft im anderen deutschen Staat auseinanderzusetzen³⁾. Doch

³⁾ Vgl. u. a. die Arbeiten von Frank Reuter, *Geschichtsbeußtsein in der DDR. Programm und Aktion*, Köln 1973; Josef Foschepoth, *Reformation und Bauernkrieg im Geschichtsbild der DDR. Zur Methodologie eines gewandel-*

obwohl man der marxistisch-leninistischen Historiographie zumindest in den letzten zehn Jahren durchaus einen qualitativen Fortschritt in einzelnen Forschungsbereichen attestierte, hat sich bis heute an dem antagonistischen Verhältnis beider deutscher Geschichtswissenschaften grundsätzlich wenig geändert. Es besteht der seitenverkehrte Zustand fort, daß die mit harschem Ausschließlichkeitsanspruch auf allein gültige Interpretation der deutschen Geschichte auftretende DDR-Historiographie – paradoxerweise durch ihre kontinuierliche Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft selbst – eine stärkere gesamtdeutsche Tendenz aufweist als die westdeutsche Historiographie, die durch ihre überwiegende Nichtbeachtung bzw. ausgeprägte Geringschätzung der marxistisch-leninistischen Forschungsergebnisse bis heute eine stärker desintegrative Position einnimmt. Damit leistete sie jedoch nicht nur der historiographischen Abgrenzungsinterpretation der deutschen Geschichte durch die DDR-Geschichtswissenschaft Vorschub, sondern auch der deutschlandpolitischen Abgrenzungsstrategie der SED.

Diese Kritik mag hart klingen, fußt jedoch auf dem Tatbestand, daß in weiten Teilen der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft immer noch ein beträchtliches Unvermögen vorherrscht, sich zunächst einmal vorurteilslos und werturteilsfrei mit der Historiographie in der DDR auseinanderzusetzen, zumal diese vorschnell und unzutreffend als bloßer legitimatorischer Handlanger und simples Ausführungsorgan der SED betrachtet wird. Sie entspringt darüber hinaus dem weit verbreiteten Unwillen, marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaft angesichts ihrer dezidierten Berufung auf die Theorie des Marxismus-Leninismus und ihrer klaren Einbettung in das Gesellschaftssystem des real existierenden Sozialismus überhaupt Rang und Status einer Geschichtswissenschaft und damit wissenschaftlichen Erkenntniswert beizumessen; schließlich resultiert sie aus einer nicht minder verbreiteten Unkenntnis über die tatsächliche Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR seit 1945 selbst.

Zu einem differenzierten und wissenschaftlich fundierten Urteil ist jedoch erst dann zu gelangen.

ten Geschichtsverständnisses, Berlin 1976; Christina von Buxhoeveden, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR. Das Problem der Periodisierung*, Köln 1980; Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Frankfurt u. a. 1980; Johannes Schradi, *Die DDR-Geschichtswissenschaft und das bürgerliche Erbe. Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848 im sozialistischen Geschichtsverständnis*, Frankfurt u. a. 1984; Hans-Dieter Schütte, *Zeitgeschichte und Politik. Deutschland- und blockpolitische Perspektiven der SED in den Konzeptionen marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte*, Bonn 1985.

wenn der vergleichsweise komplizierten Wissenschaftsgeschichte der DDR-Historiographie nachgespürt und damit dem Fragenkomplex nachgegangen wird, was sich in bzw. mit ihr auf politischer, ideologischer, institutioneller, personeller, theoretischer und methodologischer Ebene seit 1945 vollzogen hat. Dabei müssen insbesondere vier zentrale Bereiche verfolgt werden, die diese Entwicklung entscheidend bestimmt haben:

1. das Verhältnis zwischen Partei und Geschichtswissenschaft;
2. Aufgabe und Funktion marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaft;

Für die Auseinandersetzung der westdeutschen Historiographie mit der ostdeutschen ist es symptomatisch, daß die bisher vorliegenden Periodisierungsversuche zur Einschätzung der Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft praktisch ausnahmslos vom 2. Faktor ausgegangen sind, nämlich dem Bereich „Aufgabe und Funktion der Geschichtswissenschaft“ in der DDR⁴⁾. Gerade dieser Bereich ist aber seit der Etablierung einer wissenschaftlichen Historiographie in der SBZ/DDR als marxistisch-leninistische bis heute völlig unverändert geblieben, kann also als alleiniges Kriterium für die Einschätzung der Wissenschaftsgeschichte der DDR-Historiographie nicht ausreichen. Die völlige Abhängigkeit der Geschichtswissenschaft von der Partei insbesondere in den fünfziger Jahren, die oft kurzfristigen, nur über einige Jahre andauernden ideologischen Vorgaben wie z. B. die „Erziehung zum fortschrittlichen Humanismus“ (1945–1948) oder die „Erziehung zum sozialistischen Patriotismus“ (1956–1961) konnten diesen Schluß zwar zunächst nahelegen, de facto handelte es sich aber nur um die inhaltliche Modifizierung einer grundsätzlich gleichbleibenden funktionalen Aufgabenstellung, welche die Historiographie in der DDR seit Bestehen des zweiten deutschen Staates zu erfüllen hat:

- a) die mit den Methoden des Dialektischen und Historischen Materialismus zu tätige geschichtswissenschaftliche Erforschung der Geschichte mit dem Ziel, ein einheitliches sozialistisches Geschichtsbild auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu erzielen;
- b) mit der Umsetzung und Vermittlung dieses Geschichtsbildes ein sozialistisches Geschichtsbild zu erzeugen, das jeden Bürger der DDR nicht nur

⁴⁾ Zur Diskussion der bisherigen westdeutschen Periodisierungsversuche der DDR-Geschichtswissenschaft insgesamt sowie seine für die Zeitgeschichtsforschung in der DDR zutreffende Periodisierung vgl. Schütte (Anm. 3), S. 33 ff.

3. Forschungsbereiche und theoretisch-methodologischer Zugriff;

4. Institutionalisierung und Organisation ihres Wissenschaftssystems.

Diese Faktoren haben sich in der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung der DDR-Historiographie immer wieder miteinander verschränkt, müssen aber für die Analyse aus heuristischen Gründen auseinandergehalten werden. Zugleich stellen sie die unerläßlichen Bestimmungsfaktoren für eine Periodisierung, d. h. eine Einteilung in Entwicklungsetappen der Geschichtswissenschaft in der DDR dar.

II.

befähigen, sondern auch stimulieren soll, aktiv für die DDR einzutreten.

Zwangsläufig muß sich deshalb aus der Anwendung des oben genannten pluralen Faktorenkatalogs eine andere Periodisierung und damit Einschätzung der Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft ergeben. Insgesamt lassen sich drei Zäsuren unterscheiden.

1. Zunächst kann man von einer nachkriegsbedingten Übergangsphase von 1945 bis etwa 1948/49 sprechen, die vor dem Hintergrund der gesamten Wissenschaftsgeschichte der DDR-Historiographie jedoch als atypisch bezeichnet werden muß⁵⁾. Denn der Neubeginn im Fach Geschichte in der SBZ vollzog sich, sieht man von den situationsbedingten Faktoren Emigration, Kriegsverluste, Gefangenschaft, Vertreibung, nationalsozialistische Vergangenheit und beginnende Entnazifizierung ab, ähnlich wie in den Westzonen und in Fortführung der deutschen Universitätstraditionen. Nach wie vor stellten nichtmarxistische Hochschullehrer die überwiegende Mehrheit in der Geschichtswissenschaft. So blieben z. B. die Lehrstühle für mittelalterliche Geschichte ausnahmslos ihre Domäne, aber auch in neuer und neuester Geschichte waren sie in der Mehrzahl, wenngleich hier nach und nach marxistische Historiker, meist aus dem Exil, hinstießen. Seitens der KPD/SED gab es praktisch keine Eingriffe in personeller oder

⁵⁾ Vgl. zu dieser frühen Phase aus westdeutscher Sicht Alexander Fischer, Neubeginn in der Geschichtswissenschaft. Zum Verhältnis von ‚bürgerlichen‘ und marxistischen Historikern in der SBZ/DDR nach 1945, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 31 (1980) 3, S. 149–158; sowie Günther Heydemann, Zwischen Diskussion und Konfrontation – Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Christoph Cobet (Hrsg.), *Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Hitler 1945–1950 (= Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950; Reihe: Geschichte, Beihefte)*, Frankfurt 1986, S. 12–29.

institutioneller Hinsicht, auch wenn zunehmend deutlich wurde, welch hohen Stellenwert die Partei insbesondere den Fächern Philosophie und Geschichte beimaß; entsprechend wurden auch keine ideologisch-funktionalen Aufgabenstellungen oder spezifische Forschungsbereiche definiert. Trotz einer die marxistische Perspektive unterstützenden und favorisierenden Attitüde der Partei blieb die Gleichberechtigung nichtmarxistischer und marxistischer Forschungsansätze grundsätzlich noch anerkannt.

2. Dies änderte sich schlagartig und grundlegend mit dem Beginn der zweiten Jahreshälfte 1948, als unter dem Stalinschen Diktum „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ die völlige Umstrukturierung des Bildungssystems und des Hochschulwesens in der SBZ einsetzte. Der jetzt kompromißlos durchgesetzte Monopolanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie, eine kausale Folge der innerparteilichen Umwandlung der SED zu einer Partei „Neuen Typs“ mit totalem Anspruch auf die Führungsrolle in Staat und Gesellschaft, hatte im Wissenschaftsbereich und damit auch im Fach Geschichte die schrittweise Eliminierung nichtmarxistischer Fachvertreter zur Folge. Pflichtvorlesungen über Dialektischen und Historischen Materialismus wurden jetzt sowohl als Lehraufgabe für Dozenten als auch als Prüfungstoff für Studenten obligatorisch. Zug um Zug wurden die institutionellen Voraussetzungen für ein verschultes Hochschulstudium nach sowjetischem Vorbild geschaffen. Zugleich wurden jüngere Historiker, meist ohne jede bisher erbrachte Qualifikation, massiert in den Lehr- und Seminarbetrieb eingeschleust. Der Exodus einer immer größer werdenden Zahl nichtmarxistischer Historiker in die Westzonen setzte ein.

Doch obgleich dieser fundamentale Umstrukturierungsprozeß so konsequent wie brutal durchgesetzt wurde, blieb die für diese Maßnahmen unerläßliche Definierung der Bestimmung von Forschungsthemen und -bereichen erstaunlicherweise ungeklärt. Das neue Schlagwort „Für eine kämpferische Demokratie“ war viel zu unbestimmt, um als präzise politisch-ideologische Zielprojektion gelten zu können. Der Grund für die mangelnde Ausrichtung der neuen Geschichtswissenschaft, deren völlige Umstrukturierung ja nur dann sinnvoll sein konnte, wenn klare Aufgaben bezüglich der Erstellung eines sozialistischen Geschichtsbildes und eines präzisen Forschungskatalogs vorhanden waren, lag darin, daß bei vielen Funktionären der SED – vornehmlich aufgrund ihrer negativen persönlichen Erfahrungen als ehemalige KPD-Mitglieder während nationalsozialistischer Verfolgung und im Exil – die Auffassung vorherrschte, die deutsche Geschichte stelle eine einzige Misere dar.

In der Tat wirkte die sogenannte Misere-Theorie bis in die ersten Jahre nach der Gründung der DDR fort; als mentale politisch-historische Barriere stellte sie so etwas wie eine Selbstblockade dar⁶⁾. Exemplarisch sei hier nur an den bezeichnenden Titel des 1946 erschienenen und mehrfach aufgelegten Werkes von Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“ erinnert, der dieser in der SED zu jener Zeit virulenten Auffassung exemplarisch Ausdruck verlieh. Mit einer solch negativen Geschichtsperspektive konnte die junge Geschichtswissenschaft die ihr zugedachte Aufgabe einer Neu-Interpretation der deutschen Geschichte jedoch nicht erfüllen, nämlich:

1. eine fruchtbare – gegenüber der sogenannten bürgerlichen Geschichtsschreibung durch neue Forschungsansätze und damit zu anderen Beurteilungen kommende – wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in Gang zu setzen und

2. ein aus solcher Auseinandersetzung resultierendes positives und damit identitätsstiftendes Geschichtsbild mit der erstrebten Funktion sozialistischer Bewußtseinsbildung hervorzubringen, wodurch das von der Partei geschaffene neue Staats- und Gesellschaftssystem legitimiert und zugleich stabilisiert werden konnte.

Erst mit der „Zerschlagung dieser Theorie“⁷⁾ – so wörtlich – durch die Entschließung des Zentralkomitees der SED vom 20. Oktober 1951 zu den „wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“⁸⁾ wurde der Weg für eine positive, marxistisch-leninistische Deutung der deutschen Geschichte freigegeben und zugleich ein entscheidendes Interpretationsraster für die weitere Entwicklung der DDR-Historiographie gesetzt.

Mit dem grundlegenden Aufsatz des damals führenden DDR-Historikers Leo Stern⁹⁾ sowie einer Rede Walter Ulbrichts¹⁰⁾ zu den Aufgaben der Geschichtswissenschaft nur ein halbes Jahr später wurde erstmals auch inhaltlich definiert, was die

6) Vgl. hierzu den Stimmung und Atmosphäre unter den Mitgliedern der KPD im Exil gut wiedergebenden Aufsatz von Werner Berthold, Zum Kampf der Führung der KPD gegen die faschistische Geschichtsideologie und die Miserekonzeption in der deutschen Geschichte 1939 bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 17 (1969) 6, S. 689 ff.

7) Ernst Diehl/Rolf Dlubek, Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik vor neuen großen Aufgaben, in: Einheit, 10 (1955) 9, S. 883.

8) Vgl. Dokumente der SED, Bd. III, S. 581 f.

9) Leo Stern, Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 1, 1 (1951/52) 3, S. 1–17.

10) Abgedruckt bei Jürgen von Hehn, Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteldeutschland, in: Europa-Archiv, 19 (1954), S. 6938.

Partei unter der gewünschten „Neuformung“ des von der sogenannten bürgerlichen Geschichtsschreibung angeblich „deformierten deutschen Geschichtsbildes“ verstanden wissen wollte. Abgesehen von der Aufforderung, die junge DDR-Geschichtswissenschaft solle sich dezidiert von den Positionen des traditionellen Historismus lossagen und die schöpferisch weiterzuentwickelnde Theorie des Marxismus-Leninismus in der Geschichtsforschung der DDR zu einem festen wissenschaftlichen Fundament machen, wurde jetzt die Bearbeitung von bestimmten Epochen und historischen Problemen der deutschen Geschichte präzise vorgegeben; die junge DDR-Geschichtswissenschaft sollte sich forschungsmäßig vor allem auf Reformation und Bauernkriegszeit, den Mainzer Konvent, die napoleonische Fremdherrschaft und die Befreiungskriege, die Revolution von 1848/49 sowie die Geschichte der Arbeiterbewegung konzentrieren – kurz, sie habe „die bis ins Hochmittelalter zurückreichenden Freiheits- und Kampftraditionen des deutschen Volkes klar herauszustellen“¹¹⁾.

Diese auswählende, selektive Geschichtsforschung und das daraus resultierende Geschichtsbild hat die DDR-Historiographie und damit die DDR bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein bestimmt. Doch zunächst befand sich die junge Geschichtswissenschaft der DDR immer noch in einem umfassenden Umstrukturierungsprozeß, den die Partei initiiert und weitergeführt hatte und dessen negative Folgen zunehmend deutlich wurden. Denn die Abwanderung bzw. Ausschaltung von qualifizierten bürgerlichen Historikern konnte durch marxistische Historiker weder kurz- noch mittelfristig ausgeglichen werden.

Darüber hinaus schlug die politisch wie ideologisch äußerst wechselvolle Entwicklung der fünfziger Jahre im Ostblock auch auf die DDR-Geschichtswissenschaft voll durch. Erinnerung sei nur an den 17. Juni 1953, die auf den Tod Stalins folgende kurze „Taufwetter“-Periode, die weitreichenden Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU von 1956 sowie die Aufstände in Polen und Ungarn im gleichen Jahr – all das trug nicht gerade zur ideologischen Verfestigung der nach wie vor im Aufbau begriffenen jungen Geschichtswissenschaft bei, sondern beeinträchtigte eine kontinuierliche Weiterentwicklung. Entsprechend sind diese Jahre bis hin zum Mauerbau 1961 von permanenten Eingriffen der SED in personeller und institutioneller Hinsicht gekennzeichnet.

Den Höhepunkt dieser Interventionen stellte die Korrektur der Thesen zum 40. Jahrestag der deut-

schen Novemberrevolution im Jahre 1958 dar, die führende DDR-Historiker eigens ausgearbeitet hatten¹²⁾. Ulbricht persönlich kritisierte mit harschen Worten „die falschen Auffassungen über den Charakter der Novemberrevolution der Genossen Historiker“ und bezichtigte sie des Revisionismus¹³⁾. Durch diese massive Interpretationskorrektur, die das direkte Eingreifen der Partei in die Geschichtswissenschaft geradezu klassisch darstellte, wurde jedoch zugleich die Konstituierungsphase der jungen DDR-Historiographie abgeschlossen. Denn die seit 1960 immer perfekter gewordene Durchorganisation der historischen Forschung in der DDR führte schließlich tatsächlich zu einer personellen, institutionellen und nicht zuletzt politisch-ideologischen Konsolidierung. Überdies wurde dieser Prozeß von entscheidenden Maßnahmen zur Stärkung der institutionellen Autonomie der jungen DDR-Geschichtswissenschaft begleitet: so von dem Bruch mit dem westdeutschen Historiker-Verband auf dem Trierer Historiker-Tag von 1958 mit der gleichzeitigen Gründung eines DDR-eigenen Verbandes im gleichen Jahr, von der Gründung eines Nationalkomitees zwecks Aufnahme in den internationalen Welthistorikerverband 1959 sowie von der durch Kommissionen geschlossenen, immer engeren Anbindung an den Ostblock¹⁴⁾.

Vor dem Hintergrund der von der SED jahrelang geforderten intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung hatte aber auch die junge DDR-Geschichtswissenschaft selbst ihr Gesellenstück geliefert: Mit der Fertigstellung der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1966 war von ihr die erste geschlossene, eigenständige geschichtswissenschaftliche Forschungsleistung erbracht worden – allerdings unter beträchtlichen Erstellungskosten. Die überzogene Konzentration auf dieses Forschungsgebiet, die andere historische Themen und Epochen zwangsläufig hintanstellte, aber auch die fast ausschließliche Fixierung auf eine einzige politisch-soziale Bewegung hatte nicht nur das Forschungspotential einseitig beansprucht, so daß der Anschluß an internationale Entwicklungen der Forschungsdiskussion verloren wurde, sie hatte zugleich zu einer weiteren Verstärkung des bereits ausgeprägten selektiven Geschichtsbildes beigetra-

¹²⁾ Umfassende Darstellung dieses Vorgangs bei Schütte (Anm. 3), S. 119–131, wobei ich im Unterschied zu Schütte die Intervention seitens der SED und insbesondere Ulbrichts für schwerwiegender und von nachhaltigerem Einfluß für die weitere Entwicklung der DDR-Historiographie einschätze.

¹³⁾ So Walter Ulbricht, Begründung der Thesen über die Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6 (1958), Sonderheft, S. 28–54 passim.

¹⁴⁾ Vgl. Albrecht Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945, Bonn-Berlin 1961, S. 55 ff.

¹¹⁾ Vgl. Stern (Anm. 9), S. 15; passim dort auch die explizite Auseinandersetzung mit der sogenannten bürgerlichen Geschichtswissenschaft in dieser Zeit.

gen. Die Lektüre des Werkes mußte den Schluß nahelegen, deutsche Geschichte sei mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung identisch.

Die damals aufgewendete hohe Forschungsinvestition hat den Ertrag übrigens nicht gerechtfertigt. Selbst DDR-Historiker geben heute zu, daß das Werk inzwischen völlig veraltet ist; nicht zuletzt deshalb, weil es, wie kürzlich von einem der besten Kenner der Wissenschaftsgeschichte der deutschen Historiographie, Georg G. Iggers¹⁵⁾, bemerkt worden ist, eine Arbeitergeschichte ‚von oben‘ darstellt und hauptsächlich den politischen Organisationsformen und -strukturen nachgeht, konkrete wirtschafts- und sozialgeschichtliche Bedingungen jedoch weitgehend ausblendet.

Dennoch war mit dem Erscheinen dieses Werkes im Jahre 1966 und der zwei Jahre später erschienenen dreibändigen „Deutschen Geschichte“ die *Konstituierungs- und Konsolidierungsphase* der jungen DDR-Geschichtswissenschaft, die 1948 begonnen hatte, abgeschlossen. Eine kurze Zwischenbilanz verdeutlicht die für diese Phase charakteristischen Merkmale: Durch massive institutionelle und personelle Eingriffe hatte die SED seit Mitte 1948 Zug um Zug eine marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft geschaffen, deren Abhängigkeit von der Partei allerdings nahezu total war. Diese permanente politisch-ideologische Dominierung und institutionelle Administrierung verhinderte jedoch gerade das, was die SED im eigentlichen Sinne anstrebte, nämlich die Herausbildung einer wissenschaftlich innovativen, marxistisch-leninistischen Historiographie, die in der Lage war, ein überzeugungsfähiges und damit den brennenden politisch-historischen Legitimationsbedarf der DDR erfüllendes Geschichtsbild zu produzieren.

Dem stand nicht nur das selektive Geschichtsbild selbst im Wege, dessen historische Versatzstücke die Partei selbst dekretiert hatte; hier hatten auch die fortwährenden politisch-ideologischen Disziplinierungen und Kontrollmaßnahmen eigene, originäre geschichtswissenschaftliche Forschungsansätze kaum zur Ausbildung kommen lassen. Ein wissenschaftlich kreatives Herangehen an die Geschichte konnte aber erst dann möglich werden, als die bisher bestehenden starren politisch-ideologischen und damit auch historiographischen Barrieren zumindest insoweit flexibel wurden, daß die Historiker in der DDR zwar auf der Grundlage und sicher auch in den Grenzen des Marxismus-Leninismus in die Lage versetzt wurden, ein Theorie- und Methodenpotential, eine ‚Historik‘ (Jörn Rüsen) zu

entwickeln¹⁶⁾, die es ihnen erlaubte, Geschichte nicht bloß gemäß politisch-ideologischer Vorgaben umzusetzen, sondern tatsächlich zu interpretieren.

Kurz: Bisher waren nur die zentralen Faktoren 1 und 4, also das Verhältnis zwischen Partei und Geschichtswissenschaft sowie die institutionelle Organisation ihres Wissenschaftssystems gelöst worden, noch nicht aber die Bereiche 2 und 3, d. h. die ideologisch-funktionale Aufgabe und der theoretisch-methodologische Zugriff. Eine Lösung in den beiden letztgenannten Bereichen mußte aber zwangsläufig auch eine Veränderung in den Bereichen 1 und 4 hervorrufen.

3. Damit nähern wir uns einer der interessantesten Phasen der Entwicklung der DDR-Historiographie überhaupt, einer Entwicklung, die sie bis heute bestimmt, die den Übergang von einem selektiven zu einem integralen Geschichtsbild hat möglich werden lassen und die zugleich die Geschichtswissenschaft im anderen deutschen Staat von einem politisch-ideologischen Erfüllungsorgan zu einer Geschichtswissenschaft hat werden lassen, die in den letzten Jahren durchaus originäre Forschungsleistungen erbracht hat.

In diesem Zusammenhang fiel dem VII. Parteitag der SED im Jahre 1967 auf, dem eine massive Bedeutungsaufwertung aller Wissenschaften als leistungssteigernde und zugleich systemstabilisierende Produktivkräfte propagiert wurde, eine Schlüsselrolle zu. Dies galt sowohl für den ökonomischen Bereich durch die Forderung eines erhöhten wissenschaftlichen Technologie-Schubs als auch für die Gesellschaftswissenschaften im Bereich der ideologischen Festigung. Hier sollte der Geschichtswissenschaft eine zentrale Aufgabe zufallen: Mit der Herausbildung eines fundierten sozialistischen Geschichtsbewußtseins durch die Erstellung eines überzeugenden Geschichtsbildes sollte die Basis eines sozialistischen Staatsbewußtseins geschaffen werden, das die aktive Mitarbeit des DDR-Bürgers beim Aufbau und der Festigung des Gesellschaftssystems der DDR stimulieren sollte. Sozialistischer Bewußtseinsbildung wurde absolute Priorität beigemessen, und zwar nach innen und außen: einmal als unverzichtbares Element eines sozialistischen, hochindustrialisierten Gesellschaftssystems, andererseits in der Funktion der politisch-ideologischen Abwehr und Immunisierung. Die Partei hatte

¹⁶⁾ Jörn Rüsen hat den von Droysen stammenden Begriff völlig zu Recht wieder in die geschichtstheoretische Diskussion eingebracht; vgl. auch dessen grundlegende Überlegungen zu Inhalt und Funktion der „Historik“ für die Geschichtswissenschaft in der DDR in dem mir im Manuskript vorliegenden Aufsatz, für den ich Jörn Rüsen danke: Jörn Rüsen/Zdenek Vasicek, *Geschichtswissenschaft zwischen Ideologie und Fachlichkeit. Zur Entwicklung der Historik in der DDR.*

¹⁵⁾ Ich danke Georg G. Iggers für die Einsichtnahme in sein Vortragsmanuskript „Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere deutsche Geschichte“.

höchst verunsichert auf die deutschland- und ostopolitischen Kursänderungen seit 1966 durch die Große Koalition reagiert und sah mit Sorge die sich abzeichnende krisenhafte Entwicklung in der Tschechoslowakei¹⁷⁾.

Entscheidend wurde nun, daß die nach dem Parteitag sprunghaft ansteigende intensive Diskussion über ein qualifiziertes sozialistisches Geschichtsbewußtsein eine erstaunliche Eigenständigkeit gewann — ein Zeichen dafür, wie sehr es in der DDR daran mangelte —, noch mehr aber eine Richtung nahm, die verstärkt auf das Defizit des bislang bestehenden geschichtswissenschaftlichen Theorie- und Methodenpotentials hinwies. Denn, das wurde in der Diskussion deutlich, die unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung eines konkreten sozialistischen Geschichtsbildes, das nicht länger mehr aus ideologischen Leerformeln, selektierten historischen Versatzstudien und tabuisierten historischen Themen bestehen konnte, lag in der Ausweitung des geschichtswissenschaftlichen Theorie- und Methodenpotentials.

Geschichte mußte ausdeutbar werden, mußte differenziert interpretiert werden können, um plastisch zu sein — oder, wie es die beiden führenden DDR-Historiker Horst Bartel und Walter Schmidt 1972 formulierten: „die Welt historisch erfassen — das ist keine leere Formel, keine abstrakte, des konkreten geschichtlichen Lebens entleerte These; denn das wissenschaftliche Weltbild soll das Handeln der Menschen prägen. Das verlangt eine wirkliche Vorstellung vom Gang der Geschichte in ihren wesentlichen Zügen; dazu gehört, daß man die Geschichte selbst mit all ihren Widersprüchen und Konflikten, mit ihrer Dramatik, mit den Kämpfen, Niederlagen und Siegen der fortschrittlichen Klassen sich angeeignet hat: Das Geschichtsbild besteht nicht aus einer Summe von abstrakten theoretischen Formeln: Zu einem Geschichtsbild gehört die Kenntnis des gesetzmäßigen Entwicklungsprozesses der Gesellschaft in ihrer Konkretheit.“¹⁸⁾

Diese Aussage war sowohl als zukünftige Zielprojektion wie auch als bisherige Negativ-Bilanz der DDR-Geschichtswissenschaft zutreffend, denn das in der DDR angebotene Geschichtsbild stellte bis zu diesem Zeitpunkt das genaue Gegenteil der hier erhobenen Forderung dar. Die unabdingbare Voraussetzung dafür, den Ausbau des bestehenden theoretischen und methodologischen Instrumentariums voranzubringen, wurde aber nun insbeson-

¹⁷⁾ Vgl. zu dieser Phase Günther Heydemann, *Der Theorieboom in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR seit 1967. Ursachen — Entwicklung — Perspektiven*, in: *Deutschland-Archiv*, 13 (1980).

¹⁸⁾ Horst Bartel/Walter Schmidt, *Neue Probleme der Geschichtswissenschaft in der DDR. Zur bisherigen Auswertung des VIII. Parteitages der SED durch die Historiker*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 20 (1972) 7, S. 810.

dere dadurch begünstigt, daß sich in den fünfziger und sechziger Jahren in der Sowjetunion eine breite Diskussion über die Schlüsselkategorie des Historischen Materialismus, den Begriff der Ökonomischen Gesellschaftsformation, entwickelt hatte, deren Tendenz darauf hinauslief, das Prokrustesbett der bekannten Stadienabfolge von der Urgesellschaft, der antiken Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus zu verlassen und sich durch weitere Auf-fächerung, Verfeinerung und Präzisierung dieser Grundkategorie größere historiographische Anwendungsmöglichkeiten und damit eine flexiblere interpretatorische Bandbreite zu verschaffen¹⁹⁾. Damit waren zwei unerläßliche Bedingungen für die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen „Historik“ geschaffen: Die Geschichtswissenschaft des großen Bruderstaates sicherte durch ihr exemplarisches Vorgehen eine flexiblere Handhabung dieses Grundbegriffes ideologisch ab, gleichzeitig gewann sie durch die Ausweitung dieser Kategorie variabelere Anwendungsmöglichkeiten und neue Interpretationsfreiräume.

Überblickt man zusammenfassend die Entwicklung der DDR-Geschichte auf diesem Gebiet seither, so ist der geradezu erstaunliche Vorgang feststellbar, daß die praktische Geschichtsforschung und -darstellung in der DDR häufig nur noch einen relativen Bezug zu dieser Zentralkategorie nimmt, hingegen die davon abweichenden nationalen, politischen, ökonomischen, sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Besonderheiten eines historischen Forschungsgegenstandes stark hervorhebt. Zugleich hat die geschichtstheoretische und -methodologische Entwicklung in der DDR dem Großen Bruder in der Sowjetunion längst den Rang abgelaufen. Es ist keine Frage, daß hier das Niveau in der DDR inzwischen erheblich höher ist und daß ein führender Spezialist auf diesem Sektor, wie z. B. Wolfgang Küttler, inzwischen internationale Anerkennung gefunden hat²⁰⁾.

Soviel zur einen Seite dieser in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre so entscheidenden Entwicklung der DDR-Historiographie. Die andere, nicht minder wichtige Entwicklung lag darin, daß sich das Verhältnis zwischen Partei und Geschichtswissenschaft, der Faktor 1, grundlegend änderte. Denn

¹⁹⁾ Vgl. zu diesem Problemkomplex insgesamt Klaus Naumann, *Ökonomische Gesellschaftsformation und historische Formationsanalyse* (= Pahl-Rugenstein-Hochschulschriften 146), Köln 1983, dessen Arbeit zu den genannten Monographien (s. Anm. 3) zu zählen ist.

²⁰⁾ Vgl. z. B. dessen Beitrag (zus. mit Gerhard Lozek) „Der Klassenbegriff im Marxismus und in der idealtypischen Methode Max Webers“ zur Max Weber-Sektion auf dem Internationalen Historikertag 1985 in Stuttgart, jetzt abgedruckt bei Jürgen Kocka (Hrsg.), *Max Weber, der Historiker* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 73), Göttingen 1986, S. 173–192.

mit der Einführung des „Rates für Geschichtswissenschaft“ im Jahre 1968 wurde das Prinzip bisheriger Dekretierung politisch-ideologischer Aufgaben der Geschichtswissenschaft durch die Partei abgelöst von einem konsultativen Kommunikationsprozeß. Das war möglich geworden, weil sich nicht-marxistische Historiker inzwischen nicht mehr unter den Historiker befanden, ideologische Abweichungen daher nicht mehr zu befürchten standen, und weil gleichzeitig ein Kader junger, marxistisch-leninistischer Historiker herangewachsen war.

Die Partei räumte der Geschichtswissenschaft qua Fachwissen und -kompetenz jetzt eine größere Selbständigkeit ein, ja machte deutlich, auf das hier vorhandene wissenschaftliche Know how nicht verzichten zu können. Denn wichtiger als die durch den Rat getätigten Leitungs- und Koordinierungsaufgaben ist das Phänomen, daß in diesem Gremium offensichtlich eine recht freimütige Diskussion zwischen den Spitzen der DDR-Historiographie aus den verschiedensten Bereichen und den für die Geschichtswissenschaft eigens zuständigen Wissenschaftssekretären aus dem Zentralkomitee stattfindet. Das läßt sich nicht nur aus den Berichten des Rates ablesen, das ergibt sich auch aus dem Vergleich der dort vorauslaufenden Diskussion spezifischer Forschungsthemen und -ziele und deren nachfolgender Einbringung in den Zentralen Forschungsplan der DDR²¹⁾.

Im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren stellt die Geschichtswissenschaft in der DDR deshalb nicht mehr ein bloßes Ausführungs- und Umsetzungsorgan nach Maßgabe der politisch-historischen Zielsetzungen der SED dar, sondern formuliert in einem konsultativen Prozeß mit der Partei eigene, forschungsspezifische Belange und Probleme, kurz: Die Weisung von oben nach unten ist einem diskursiven Kommunikationsprozeß zwischen Partei und Geschichtswissenschaft gewichen, der durchaus auch von unten nach oben verlaufen kann.

Die fachspezifische geschichtswissenschaftliche Interessen- und politisch-ideologische Feinabstimmung scheint dabei in den letzten Jahren immer homogener geworden zu sein, mit positiver Auswirkung auf das Verhältnis zwischen Partei und

²¹⁾ Siehe die jeweils in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft abgedruckten Sitzungsberichte des Rates für Geschichtswissenschaft sowie die in der Zeitschrift „Einheit“ alle fünf Jahre publizierten Zentralen Forschungspläne.

Geschichtswissenschaft, aber auch für die innerbetriebliche Atmosphäre²²⁾.

Noch ein drittes Moment in diesen für die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft so entscheidenden Jahren von 1967 bis 1972 muß festgehalten werden. Denn mit dem Machtwechsel von Ulbricht auf Honecker wurde die endgültige Abkehr von dem bis dahin immer noch existenten „gesamtdeutschen Bezugsrahmen“ (Hans-Dieter Schütte) zugunsten einer internationalistischen Leitlinie vollzogen. Mit der Aufgabe der sogenannten Zwei-Revolutionen-Theorie, einer antifaschistischen in ganz Deutschland nach dem Kriegsende 1945 und einer sozialistischen dann in der SBZ/DDR, deren politisch-ideologische und historiographische Konzeption der Sonderentwicklung der deutschen Geschichte nach 1945 und bis dahin Rechnung getragen hatte, wurde jetzt die „Wesensgleichheit“ der Geschichte der SBZ/DDR mit der Entwicklung der anderen sozialistischen Staaten unter der Führung der Sowjetunion propagiert. Der deutschlandpolitischen Formel der damaligen sozial-liberalen Koalition: „Zwei Staaten — eine Nation“ setzte Honecker die eigenständige Entwicklung einer sozialistischen Nation in der DDR entgegen.

Mit der Zerschlagung der lästigen Fußfessel gesamtdeutscher Geschichtsverantwortung glaubte die SED, dem von ihr geschaffenen Staat nun die blinkende Krone höheren geschichtlichen Fortschritts gegenüber der Bundesrepublik Deutschland aufsetzen zu können, und mit der Feststellung der Teilung Deutschlands als eines nicht mehr offenen politischen, sondern historisch inzwischen abgeschlossenen Problems war der Weg frei, das Geschichtsbild der sich formierenden sozialistischen Nation in der DDR, wie es hieß, jetzt als „Nationalgeschichte der DDR“ zu konzipieren²³⁾.

²²⁾ Dabei ist nicht zu verkennen, daß es selbstverständlich durchaus unterschiedliche Positionen zwischen den DDR-Historikern selbst gibt; immerhin lassen sich, mit aller gebotener Vorsicht, zwei Grundrichtungen unterscheiden: eine stärker dogmatisch orientierte, um das Institut für Marxismus-Leninismus und die Redaktion der Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung etwa gruppierte Richtung sowie politisch-ideologisch flexiblere Historiker etwa in der Akademie der Wissenschaften und in einigen Hochschulinstituten; dies korrespondiert zugleich mit jeweils unterschiedlicher Bereitschaft zu neuen Forschungsansätzen und -methoden.

²³⁾ Eine umfassende Darstellung dieser entscheidenden Umbruchphase findet sich nach dem richtungweisenden Aufsatz von Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie. Probleme und Aspekte der gegenwärtigen Umorientierung der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/76, S. 30 ff., jetzt bei Schütte (Anm. 3), S. 87 ff.

III.

Ende 1972 waren damit die entscheidenden Voraussetzungen für die neuen Operationsbedingungen der Geschichtswissenschaft in der DDR geschaffen, die Ausgestaltung eines integralen marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes in Angriff zu nehmen. Dies geschah auf dreifache Weise: chronologisch, sozial-strukturell und durch die Intensivierung zeitgeschichtlicher Forschung:

1. *Chronologisch* insofern, als nach Abschluß dieser entscheidenden Umbruchphase etwa Ende 1974 Zug um Zug jetzt die *gesamte* deutsche Geschichte seit der Entstehung des deutschen Volkes als ethnische Einheit bis in die Zeit der Urgesellschaft zurückverfolgt und als Forschungsgebiet der DDR-Geschichtswissenschaft betrachtet wird. Damit werden sowohl die historisch als auch geschichtswissenschaftlich unsinnigen Lücken zwischen einzelnen, bisher favorisierten Forschungsthemen, wie z. B. zwischen sogenannter „Frühbürgerlicher“ und Französischer Revolution, zwischen denen immerhin ein zeitlicher Abstand von 250 Jahren liegt, gefüllt sowie selbstgeschaffene Erklärungszwänge ausgemerzt.

2. *Sozial-strukturell* — ein Entwicklungstrend, der häufig übersehen wird — insofern, als nun auch diejenigen Klassen und Schichten des deutschen Volkes erfaßt werden, die bisher kaum — und wenn, dann überwiegend negativ — ins Blickfeld der DDR-Historiographie gerieten, nämlich die nach marxistisch-leninistischem Verständnis herrschenden, ausbeutenden oder an der Macht partizipierenden Klassen und Schichten in vorsozialistischen ökonomischen Gesellschaftsformationen.

Das läßt sich an dem unverfänglichen Beispiel der Forschungsgeschichte der Revolution von 1848/49 in der DDR demonstrieren, die ja schon vor der DDR-Staatsgründung als progressives Versatzstück deutscher Geschichte zu den Forschungsschwerpunkten der jungen Historiographie gehört hatte. Denn wie ein selbstkritischer Forschungsbericht vor einigen Jahren vermerkte, sei man nach einer fast ausschließlichen Konzentrierung auf die Arbeiterklasse, Marx und Engels und den Bund der Kommunisten in den sechziger Jahren auf die intensive Erforschung des liberalen Bürgertums, den eigentlichen Träger der Revolution, in den siebziger Jahren übergegangen; man müsse aber jetzt, wo die Erforschung der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie im wesentlichen abgeschlossen sei, zur Erforschung des Adels in den achtziger Jahren übergehen: „Die Rolle des hohen und niederen Adels und speziell des Junkertums im Prozeß der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland, wie es hieß, wurde nämlich bisher kaum untersucht.“²⁴⁾

Dieser faktische geschichtswissenschaftliche Erkenntnisfortschritt und die daraus resultierende Ausdifferenzierung des Geschichtsbildes gilt auch für andere Forschungsbereiche, für die Wirtschaftsgeschichte, insbesondere die Agrargeschichtsschreibung im 19. Jahrhundert, und die bemerkenswerten Arbeiten auf dem Gebiet empirischer Sozialgeschichtsschreibung im Bereich der Volkskunde und der von Jürgen Kuczynski in Gang gesetzten Alltagsgeschichtsschreibung²⁵⁾.

3. *Zeitgeschichtlich* insofern, als seit Mitte der siebziger Jahre der Beginn einer forcierten Zeitgeschichtsforschung in der DDR zu beobachten ist, die insbesondere seit dem Machtwechsel von 1971 intensiviert wurde und in den letzten Jahren einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Diese Zeitgeschichtsforschung hat sich nach einer anfänglichen Konzentration auf die unmittelbare Nachkriegszeit und die Entstehungsphase der DDR 1945–1949 zunehmend auf die DDR-Geschichte selbst verlegt und dürfte inzwischen ca. 40 % der gesamten historischen Forschung im anderen deutschen Staat ausmachen. Nach wie vor wohnt ihr, im Vergleich zu anderen geschichtswissenschaftlichen Forschungsthemen und -bereichen, eine besondere legitimatorische Funktion inne; der stark apologetische und nicht selten lobrednerische Ton der früheren Jahre hat sich jedoch in jüngster Zeit erheblich abgeschwächt. Der unmittelbare politik- und zeithistorische Bezug, das Navigieren in der Nähe des Magnetberges, ist anscheinend kein Grund mehr für vorsichtig taktierende Zurückhaltung, wie das noch unlängst der Fall war; Auffassungsunterschiede und daraus resultierender Meinungsstreit werden in der Zeitgeschichtsschreibung inzwischen offen ausgetragen²⁶⁾.

Zugleich ist das Bemühen unverkennbar, durch verstärkten Rückgriff auf authentisches zeithistorisches Quellenmaterial die DDR-Zeitgeschichts-

²⁴⁾ So Siegfried Schmidt, Junkertum und Genesis des deutschen Konservatismus im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 27 (1979) 11, S. 1058.

²⁵⁾ Beispiele als pars pro toto: Hainer Plaul, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert, Berlin (Ost) 1979, oder Rudolf Weinhold (Hrsg.), Volksleben zwischen Zunft und Fabrik, Berlin (Ost) 1982.

²⁶⁾ Vgl. Siegfried Prokop, Der sozialistische Aufbau im Vorfeld des V. Parteitages der SED (1956 bis 1958), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 32 (1984) 9, S. 765 ff.; dazu die Erwiderung von Günter Möschner, Die Jahre 1956 bis 1958 in unserem Geschichtsbild. Bemerkungen zu einem Beitrag von Siegfried Prokop, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 33 (1985) 11, S. 1008 ff.; sowie die Entgegnung Siegfried Prokops darauf (ders.), Probleme der Geschichte der DDR 1956 bis 1958. Anmerkungen zu Günter Möschners Diskussionsbeitrag, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 34 (1986) 9, S. 815 ff.

schreibung selbst qualitativ zu verbessern²⁷). Augenscheinlich wird versucht, hier bis an die Grenzen des politisch Möglichen und zeitgeschichtlich Darstellbaren zu gehen. Diese für uns schwer einsehbaren Barrieren haben die Zeitgeschichtsforschung in der DDR zweifellos noch nicht den wissenschaftlichen Standard erreichen lassen, der etwa bereits auf dem Gebiet der Geschichtstheorie und -methodologie sowie einzelnen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte erzielt worden ist. Ihr hoher funktionaler Stellenwert kann jedoch schon deshalb kaum unterschätzt werden, soll sie doch die DDR aus ihrer eigenen Vorgeschichte und

Geschichte, d. h. *aus sich selbst heraus*, legitimieren, zumal die DDR-Geschichte nach marxistisch-leninistischem Verständnis selbst den bisher höchsten Entwicklungsstand deutscher Geschichte darstellt. Sie muß gemäß diesem Verständnis die DDR geradezu legitimieren, weil in ihr — im Gegensatz zur Bundesrepublik — die Klassenfrage angeblich erstmals gelöst worden ist²⁸). Hinter dieser mehr und mehr zum bisherigen Höhepunkt deutscher Geschichte stilisierten DDR-Geschichte steht die deutlich erkennbare politische Zielprojektion der SED, die DDR von einer „Nation an sich“ zu einer „Nation für sich selbst“ werden zu lassen.

IV.

Erst vor diesem Hintergrund gewinnt die seit einigen Jahren laufende Diskussion um „Erbe und Tradition“ im anderen deutschen Staat ihren eigentlichen Stellenwert, macht die Einordnung der DDR-Geschichte als „wichtigster Zeitabschnitt der deutschen Geschichte“²⁹) überhaupt Sinn: Denn „unter Erbe wird die Gesamtheit des in der Geschichte Existierenden, im Laufe der Geschichte Hervorgebrachten, verstanden“. Dieses Erbe ist objektiv gegeben, „wir haben auf seine Beschaffenheit keinen Einfluß“. Mit anderen Worten, die DDR stellt sich jetzt im Unterschied zu früher der gesamten Geschichte; geschichtswissenschaftlich bedingt das den jetzigen integralen Ansatz der DDR-Historiographie. „Im Unterschied zum ‚Erbe an sich‘ wird unter Traditionen das ‚Erbe für uns‘ verstanden, d. h. das von uns angeeignete oder anzueignende, bewahrte oder zu pflegende Erbe, das eben in den Rang einer historischen Tradition erhoben wird.“ Entscheidend ist nun, wie betont wird, daß aus diesem Erbe der gesamten deutschen Geschichte „die Traditionen des nunmehr fast 150jährigen Kampfes

der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte der DDR eingeschlossen, das Kernstück unserer Traditionen waren, sind und bleiben. Die DDR ist vor allem und im unmittelbarsten Sinn Ergebnis und Krönung des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.“³⁰)

Dies bildet, wenn der banale Vergleich erlaubt ist, den Zwiebelkern und die inneren Häute. Mit der weiteren Unterscheidung zwischen *revolutionär-demokratischem Erbe*, wozu z. B. der Bauernkrieg und Thomas Müntzer gehören, dem *humanistischen* und anderem *progressiven Erbe* sowie schließlich dem *positiven Erbe* herrschender Ausbeuterklassen werden sozusagen die äußeren Zwiebelringe des spezifischen DDR-Geschichtsbildes und seine weitere Ausgestaltung definiert³¹). Es ist keine Frage, daß das in dieser Weise erstellte Geschichtsbild im anderen deutschen Staat in Zukunft nahezu alles zu integrieren vermag, was jemals in der deutschen Geschichte existierte.

²⁷) Vgl. etwa die kritischen Anmerkungen zum Stand der DDR-Zeitgeschichtsforschung in der Einleitung des Bandes von Siegfried Prokop, *Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden sozialistischen Aufbau (1958–1963)*, Berlin (Ost) 1986, S. 20 ff. Daß neben „strukturgeschichtlichen“ Frage- und Darstellungen in der Zeitgeschichte zunehmend Themenbereiche des „Überbaus“ in Angriff genommen werden, zeigen die Beiträge in: *Geistig-kulturelle Beziehungen und Prozesse in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur Soziologie des Neubeginns nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, hrsgg. vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wis-

senschaften der DDR, Wissenschaftsbereich Theorie/Geschichte, Berlin (Ost) 1986.

²⁸) Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, in: *Deutschland-Archiv*, 4 (1971), S. 762 und passim.

²⁹) So bereits im Titel des Aufsatzes von Heinz Heitzer, *Die Geschichte der DDR — wichtigster Zeitabschnitt der deutschen Geschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 32 (1984) 5, S. 387–394.

³⁰) Alle Zitate ebenda, S. 388.

³¹) Ebenda, S. 389. Zur Erbe- und Traditionsdiskussion in der DDR-Geschichtsschreibung siehe auch Walter Schmidt, *Zur Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 33 (1985) 3, S. 195–212.

V.

1. Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR muß somit in drei Phasen eingeteilt „periodisiert“, werden:

a) in eine *Übergangsphase* zwischen 1945 und 1948/49;

b) in eine *Konstituierungsphase* als marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft in den fünfziger und eine *Konsolidierungsphase* in den sechziger Jahren, wobei sich aber in beiden Zeitabschnitten die Rahmenbedingungen nicht veränderten;

c) schließlich in eine seit Beginn der siebziger Jahre einsetzende *Verwissenschaftlichungsphase*, deren besonderes Kennzeichen ein dialogisches Verhältnis zur Partei sowie bemerkenswert erweiterte theoretische und methodologische Freiräume darstellen.

Der Entwicklungsprozeß der Geschichtswissenschaft in der DDR ist dabei durchweg von der SED initiiert, gefördert und kontrolliert worden; dennoch ist auch dieses spezifische Verhältnis zwischen SED und Geschichtswissenschaft einem Wandel unterlegen. Plakativ formuliert, ist der harte, stalinistische Zugriff der Partei einer flexibleren, gleichwohl permanenten leninistischen Kontrolle gewichen, hat dadurch aber die DDR-Geschichtswissenschaft zu Marx als dem immer noch originellsten historischen Denker des Marxismus-Leninismus selbst zurückfinden lassen.

2. In einem fast 40 Jahre währenden Prozeß hat die Geschichtswissenschaft in der DDR von einem *selektiven* zu einem *integralen* Geschichtsbild gefunden, dessen historischer und argumentativer Begründungszusammenhang wesentlich fundierter geworden ist. Die Ausweitung dieses Geschichtsbildes vollzog sich dabei in „diachronischer“ und „synchronischer“ Hinsicht: „diachronisch“, indem nun der gesamte Verlauf der Geschichte, bis in die Urzeit zurückverlängert, Forschungs- und Darstellungsgegenstand geworden ist; „synchronisch“,

indem nun alle am historischen Prozeß beteiligten sozialen Schichten erfaßt werden, und nicht nur einzelne favorisierte Klassen.

3. Die Ausweitung des gesamten historischen Forschungsfeldes sowie die Implementierung und Verfeinerung des theoretischen und methodologischen Zugriffs hat die Geschichtswissenschaft in der DDR, insbesondere in den letzten Jahren, bemerkenswerte historiographische Forschungsleistungen erbringen lassen. Die Übernahme anglo-amerikanischer und französischer Forschungsansätze, die diesen Prozeß gefördert hat, ist dabei hauptsächlich über die Rezeption bundesdeutscher Geschichtswissenschaft vollzogen worden, sozusagen durch eine Art innerdeutschen geschichtswissenschaftlichen „Swift“. Nicht allein durch den gemeinsamen Forschungsgegenstand, sondern auch durch diese permanente Perzeption und Rezeption sind beide deutsche Geschichtswissenschaften nach wie vor eng verbunden. Wie oben bereits erwähnt, stellen Bereiche der Alltags- und Sozialgeschichte, der Agrargeschichte und die gelungene Verbindung von Volkskunde und Wirtschaftsgeschichte heute durchaus international beachtete Ressorts geschichtswissenschaftlicher Forschung der DDR dar.

4. Das Geschichtsbild in der DDR hat dadurch zweifellos an Konturen gewonnen, ist differenzierter und nuancenreicher geworden. Dennoch scheint die tatsächliche Rezeption dieses Geschichtsbildes, d. h. seine Umsetzung beim DDR-Bürger selbst, nach wie vor unzureichend. Hier wirkt sicherlich die aus der marxistisch-leninistischen Ideologie kommende hohe begriffliche Abstraktheit als natürliche, mentale Barriere, mehr aber wohl noch, daß der hohe Anspruch auf politische und historische Führung in Geschichte und Gegenwart Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg im eigenen Staat gesellschaftspolitisch und ökonomisch nach wie vor nur unzureichend eingelöst wird.

VI.

Vor einiger Zeit sind Historiker aus der Bundesrepublik Deutschland an geschichtsträchtigem Ort – im Berliner Reichstagsgebäude in unmittelbarer Nähe zur Mauer – der Frage nachgegangen, wem die deutsche Geschichte eigentlich gehöre. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die schwere Hypothek deutscher Vergangenheit solche Fragestellung nahelegen mag, läßt sich am Sinn dieser Frage durchaus zweifeln, ist es doch ebenso fraglich, ob es überhaupt einen Besitzanspruch auf Geschichte gibt.

Noch mehr Zweifel müssen aber aufkommen, ob mit solcher Fragestellung nicht der politischen Abgrenzungsstrategie der SED und dem historiographischen Alleinvertretungsanspruch der DDR-Geschichtswissenschaft zugearbeitet wird. Denn die Antwort, die im anderen deutschen Staat darauf gegeben wird, ist eindeutig: Die deutsche Geschichte gehört ihr, weil Staat und Gesellschaftssystem der DDR den höchsten politisch-historischen Entwicklungsstand verkörpern, der jemals in der deutschen Geschichte erreicht wurde. So ein-

deutig diese Antwort nun auch sein mag, so falsch ist sie zugleich. Denn wem sollte die deutsche Geschichte gehören, wenn nicht den Deutschen selbst, d. h. allen Deutschen in beiden deutschen Staaten. So wenig wie die deutsche Vergangenheit teilbar ist, so wenig läßt sich die Zukunft deutscher Geschichte auseinanderdividieren, auch wenn deutsche Gegenwart sich z. Z. in zwei deutschen Staaten und zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen vollzieht.

Pragmatisches Verhalten in politischer wie wissenschaftlicher Hinsicht tut deshalb not. Zwar können wir die DDR nicht daran hindern, die Erforschung der eigenen Zeitgeschichte nach 1945 als eigenständige historische Disziplin zu definieren, die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hingegen bewußt der allgemeinen Weltgeschichte und damit der allgemeinen historischen Forschung zuzuordnen. Aber unnötige Fehler auf diesem Gebiet könnten durchaus dadurch vermieden werden, wenn hierzulande z. B. zeithistorische Forschungsarbeiten zur Entwicklung der SBZ/DDR, insbesondere im universitären Bereich, stärker gefördert würden. Im gegenwärtigen Boom der Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik ist leider die Tendenz unverkennbar, sich zunehmend mit der Geschichte der westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland auseinanderzusetzen – und dabei die Geschichte der SBZ/DDR aus dem Blick zu verlieren³²⁾.

³²⁾ Vgl. z. B. an Hand der fortlaufenden Bibliographie der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte die Zahl historischer Arbeiten zur Geschichte der westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu Arbeiten zur Geschichte der SBZ und DDR.

³³⁾ Schradi (Anm. 3), S. 267.

Es besteht auf unserer Seite überhaupt kein Anlaß, ein integrales Geschichtsbild über Bord zu werfen, wenn man in der DDR eben erst zu einem integralen Geschichtsverständnis gelangt ist. Ebenso sollte man sich nicht länger vom „Doppelcharakter“ der DDR-Geschichtswissenschaft als „politische Historiographie und zugleich erkenntnisaufschließende Wissenschaft“³³⁾, aus dem nie ein Hehl gemacht wurde, beeinflussen oder gar abschrecken lassen. Vielmehr besteht gerade eine politische und geschichtswissenschaftliche Notwendigkeit darin, sich mit der Geschichtsschreibung in der DDR intensiv auseinanderzusetzen: einmal, um dem politisch-historischen Alleinvertretungsanspruch entgegenzuwirken, zum anderen, um den wissenschaftlichen Disput mit ihr zu suchen. Angesichts der schwierigen deutschen Geschichte steht auch die DDR vor dem Problem, begründete geschichtswissenschaftliche Antworten finden zu müssen.

Der offensichtliche Qualitätssprung der marxistisch-leninistischen Historiographie im anderen deutschen Staat kann dieser Diskussion nur förderlich sein. Ihr differenzierter gewordenes Geschichtsbild trägt vielmehr, so paradox es vielleicht klingen mag, zu einem pluralistischen Geschichtsverständnis in Deutschland bei. Auf dieses Angebot sollte deshalb nicht ohne Not verzichtet werden. Die Teilung Deutschlands legt sich nicht wie ein lähmender Schatten über die deutsche Geschichte, die je nach politischen oder historiographischen Zielsetzungen den einen oder anderen Teil beliebig verdunkelt. Sie stellt vielmehr permanenten Anstoß für eine produktive Spannung in politischer wie in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht dar, und sie ist fortwährend bohrender Anlaß zu individueller Selbstverortung zugleich.

Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie

I. Einleitung: Von der „Parteilichkeit“ der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung

Der Nationalsozialismus und seine Herrschaft haben in der marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung der DDR schon immer besondere Aufmerksamkeit gefunden. Gleichwohl steht die Intensität dieser wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu ihrem Erkenntnisgewinn. Und dies in mehrfacher Hinsicht.

Obwohl die Nationalsozialismusforschung der DDR sich ausschließlich als Faschismusforschung versteht, reduziert sich die Faschismuskonversation auf eine Nationalsozialismuskonversation. Wie die marxistische Faschismustheorie insgesamt, so gebraucht die orthodoxe marxistische Historiographie im besonderen ausschließlich den generalisierenden Begriff Faschismus und lehnt den singularisierenden Begriff Nationalsozialismus ab. Zur erläuternden Differenzierung sind allenfalls Bezeichnungen wie „deutscher Faschismus“, „Hitler-Faschismus“ oder „Nazi-Faschismus“ üblich.

Damit begibt sich die Forschung der Möglichkeit eines vergleichenden, interkulturellen Ansatzes, was freilich in jüngster Zeit als Mangel anerkannt wurde. Auch ist damit die Frage völlig ausgeschlossen, ob ein allgemeiner Faschismusbegriff empirisch überhaupt haltbar ist, das heißt, ob es zumindest zwischen den beiden Hauptvarianten des europäischen Faschismus, dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus, genügend Gemeinsamkeiten gibt, die zur Anwendung eines solchen Gattungsbegriffs berechtigen, oder ob die trennenden historischen Unterschiede überwiegen.

Außerdem konzentriert sich die Faschismusforschung der DDR einseitig auf bestimmte Themenfelder und blendet andere wichtige Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft und Politik völlig aus. Es waren und sind zwei Gesichtspunkte, die in der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung absolute Priorität haben: einmal das Verhältnis von Politik und Ökonomie, d. h. die immer behauptete Abhängigkeit nationalsozialistischer Politik von den Interessen des Monopolkapitals bzw. monopolkapitalistischer Gruppen; zum anderen der antifaschistische Widerstand, d. h. vor allem die Geschichte der KPD vor und während der national-

sozialistischen Diktatur. Zwar hat sich das Spektrum der Fragestellungen mittlerweile aufgefächert und auch verstärkt der Analyse nationalsozialistischer Außen-, Rassen- und Kriegspolitik zugewandt, doch zielen alle Untersuchungen immer wieder auf den Nachweis der einen „unkritisierbaren Wahrheit“ der marxistisch-leninistischen Faschismuskonvention, nach der der Nationalsozialismus bloßes Produkt von Kapitalismus und Imperialismus und letzte Stufe der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft war.

Solange Politik nur eine direkte Funktion von Ökonomie und dieser völlig unterstellt ist, bleiben Fragen nach Entstehung und Aufstieg faschistischer Bewegungen, nach deren politisch-ideologischen Triebkräften und deren politischen Durchsetzungsfähigkeit von untergeordnetem Interesse. Die faschistischen Massenbewegungen sind dabei nur Produkte kapitalistischer Interessen; die Rolle des faschistischen Führers wird auf die eines bloßen Agenten, einer im Grunde genommen unwichtigen „Blechfigur“ heruntergestuft, und die massenmobilisierende Bedeutung des Führerkultes wird als eine monopolkapitalistischen Funktionsweisen adäquate Manipulationsstrategie dargestellt. Die Autonomie der Politik, selbst der spezifischen nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, wird geleugnet.

Kurzum, wichtige Elemente der Kontrolle und Integration, der Verführung und Unterwerfung der Menschen in einem totalitären Regime sowie ihre Verstrickung bis in die Kriegs- und Ausrottungspolitik hinein werden ausgeblendet. Entscheidend für den Faschismus an der Macht, dem das vorrangige Interesse gilt, ist nach orthodox-marxistischer Lesart nicht die Form einer Diktatur, sondern einzig ihre soziale Funktion als Instrument der aggressiven Elemente des Monopolkapitals.

Darum kann sich der Faschismusbegriff auf die verschiedenen Formen repressiver Herrschaft erstrecken, ohne daß eine fundamentale Unterscheidung zwischen einer autoritären Militärdiktatur und einer auf einer Massenpartei gestützten Diktatur erforderlich ist. Was ein solcher extrem heteronomer Faschismusbegriff an wissenschaftlicher Trenn-

schärfe verliert, das gewinnt er an politischer Handhabbarkeit.

Schließlich führt eine solche Identifizierung von ökonomischen Interessen und politischem Handeln, so problematisch und teilweise unmöglich ihr empirischer Beweis im einzelnen ist, zu einer Verharmlosung des Nationalsozialismus, auch wenn immer wieder von der Nazi-Barbarei die Rede ist. In dem Maße nämlich, in dem die politischen Ordnungen vom Deutschem Kaiserreich über das Dritte Reich bis in die Bundesrepublik Deutschland hinein nur als Varianten bürgerlich-imperialisti-

scher Herrschaft dargestellt werden, verblassen der radikale Vernichtungswille und die extreme Unmenschlichkeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu einem bloß peripheren Merkmal und werden auf diese Weise eingeebnet. Die nationalsozialistische Diktatur erscheint in dieser Perspektive als eine Art „Fremdherrschaft“ (Broszat) einer kleinen Clique über das eigene Volk. Das Phänomen der Massenakzeptanz und die Fragen nach den Gründen, die dazu führten, wie den Nachwirkungen, die davon ausgingen, werden ausgeklammert.

II. Die theoretische Grundlage

Die Ursachen für diese starre, nur in Einzelaspekten modifizierte Interpretation liegen in der Verbindlichkeit der bis heute unangefochtenen und „fundamentalen Wahrheit“ der marxistisch-leninistischen Faschismusdefinition und in der unmittelbaren politischen Relevanz dieses Faschismus- bzw. Antifaschismuskonzepts. Bereits auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 hatte die rein instrumentalistische Faschismusdefinition ihre klassische und bis heute endgültige Form erhalten: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹⁾

Was hier dogmatisch festgelegt und seither als Ausdruck einer historischen Gesetzmäßigkeit in der Geschichtsschreibung operationalisiert wird, hat einen direkten und offen ausgesprochenen politischen Bezug. Die Faschismusproblematik ist für die DDR-Forschung nicht nur „Hauptkampffeld der ideologischen Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologie“²⁾, sondern ein marxistisch-leninistischer Faschismusforscher muß sich außerdem stets dessen bewußt sein, „daß er kein historisch erledigtes Thema behandelt, sondern daß er damit unmittelbar am Klassenkampf unserer Zeit, am Kampf der Völker gegen den Imperialismus, für Frieden und Sozialismus teilnimmt“³⁾. Denn solange Faschismus nach der parteioffiziellen Doktrin als ein wesentliches Produkt von Kapitalismus und Imperialismus gilt, können

auch die Wurzeln des Faschismus in den westlich-kapitalistischen Staaten nicht ausgerottet sein.

Da vor allem der westdeutsche Nachbarstaat als Produkt und Bollwerk kapitalistischer Prinzipien angesehen wird, hat die historische Beschäftigung mit dem Faschismus nicht nur die Aufgabe, über die Schrecken der Vergangenheit, sondern vor allem über die Gefahren von Gegenwart und Zukunft aufzuklären und auf die „latente Gefahr weiterer faschistischer Putsch in der kapitalistischen Welt“⁴⁾ hinzuweisen. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus gilt der marxistisch-leninistischen Forschung überdies als ein zentrales Element der politischen Identitätsstiftung der DDR: „Ein klares Bild vom Faschismus, insbesondere von seinem Klassencharakter, der Kernfrage des Faschismusproblems, dem Volke zu vermitteln und entsprechende Lehren aufzuarbeiten, erwies sich für die politische Identität der Deutschen Demokratischen Republik und für die Bewältigung der tiefgreifenden Umgestaltung in der deutschen Geschichte als eine zentrale Aufgabe.“⁵⁾

Die Verankerung der zeitgeschichtlichen Forschung in der marxistisch-leninistischen Doktrin und ihre enge Verflechtung mit den allgemeinen politischen Entwicklungsabschnitten der DDR gebietet es, die wichtigsten Etappen der Faschismusforschung und die dabei jeweils charakteristischen thematischen Schwerpunkte zu beachten bzw. herauszuheben. Zugleich ist damit angedeutet, wie eng der Spielraum und die Differenzierungsmöglichkeiten historischer Forschung überhaupt sind, die von solchen dogmatischen Vorgaben abhängig ist.

Seit Walter Ulbrichts zuerst 1945 erschienener Schrift „Die Legende vom deutschen Sozialismus“,

1) Protokoll XIII. Plenum des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Dezember 1933, Moskau/Leningrad 1934, S. 277; zit. bei W. Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1975²⁾, S. 16.

2) D. Eichholtz/K. Gossweiler (Hrsg.), Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin (Ost) 1980, S. 14.

3) Ebd.

4) K. Gossweiler, Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, (1976) 1, S. 4.

5) R. Richter, Vorwort zu K. Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, Berlin (Ost) 1986, S. XII f.

die später in Neuauflagen unter dem Titel „Der faschistische deutsche Imperialismus 1933–1945“ kanonisiert wurde, gilt die klassische Faschismusdefinition der Komintern von 1933. Ausgehend von Lenins Imperialismustheorie behauptet diese Deutung, daß der unvermeidliche Zusammenbruch des Kapitalismus auf seiten der reaktionärsten und mächtigsten Gruppen innerhalb des monopolistischen Finanzkapitals das Bedürfnis weckte, die eigenen imperialistischen Ziele durch die Indiennahme einer Massenbewegung zu sichern, die ihrerseits in der Lage schien, die revolutionäre Arbeiterklasse zu vernichten und damit die kapitalistischen Interessen zu sichern.

Faschismus war und ist nach dieser Bestimmung eine notwendige und letzte Stufe der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft. Der Faschismus war darum nur eine organische Weiterentwicklung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Was sich 1933 veränderte, war nur die Form, in der das Finanzkapital seine politische Macht ausübte, nicht aber die Substanz dieser monopolistischen Herrschaft. Der Aufstieg des Nationalsozialismus und seine Machtübernahme bedeuteten darum keinen radikalen Bruch mit der Vergangenheit, denn an der sozialökonomischen Basis, auf der auch die Weimarer Republik ruhte, hatte sich nichts geändert.

Nur in der Form der Diktatur gestand man Veränderungen zu. Der Faschismus wurde als die schärfste Negation der Demokratie verstanden, als eine offene, ungeschminkte Diktatur im Interesse eines immer kleiner werdenden Zirkels. Zusammen mit der Notwendigkeit einer ständig wachsenden Konzentration und Planung der Produktion ergab sich daraus zugleich die Hoffnung, in der faschistischen imperialistischen Diktatur einen unvermeidlichen Meilenstein auf dem dialektischen Weg zum Sozialismus zu erleben.

Neben der Persistenz dieses zur Formelhaftigkeit erstarrten Interpretationsmuster fällt in der Frühphase der marxistischen Faschismusforschung in der SBZ bzw. DDR ein nationalgeschichtlicher Erklärungsansatz auf, der sich nicht viel anders auch in sogenannten bürgerlichen Deutungen der unmittelbaren Nachkriegszeit findet. Der Nationalsozialismus sei, so Ulbricht 1945, „die Zusammenfassung, Entwicklung, Vertiefung aller Reaktionen in der deutschen Geschichte“⁶⁾. Diese polare Interpretation, die sich auch auf ähnliche Deutungen von Alexander Abusch stützen kann, für den der deutsche Faschismus die letzte Manifestation des deutschen Dranges nach Osten war, behält bis in die sechziger Jahre Gültigkeit. Auch die

⁶⁾ W. Ulbricht, *Der faschistische deutsche Imperialismus*, Berlin (Ost) 1956⁴, S. 99 f.

„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (Bd. 5 von 1966) führte die nationalsozialistische Diktatur auf die Entwicklungsmechanik des deutschen Imperialismus zurück, charakterisierte diese gleichzeitig auch als „Höhepunkt aller antinationalen und antihumanistischen Tendenzen und Bestrebungen in der deutschen Geschichte überhaupt“⁷⁾.

Während für Ulbricht der Nationalsozialismus ursprünglich keine unvermeidliche Etappe in der deutschen Geschichte war, sondern die Verantwortung für Hitler im wesentlichen der Politik der sozialdemokratischen Führung zugeschrieben wurde, neigte die DDR-Historiographie seit den sechziger Jahren dazu, die Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung des deutschen Imperialismus herauszustellen. Dementsprechend traten die personalistischen Interpretationsformen Ulbrichts eindeutig zurück, der noch vom „Raubvogelgesicht“ Thyssens gesprochen hatte, das seinen „Charakter treffend wiedergibt“⁸⁾. Statt dessen erscheint der Nationalsozialismus als Ergebnis des sich seit dem Ersten Weltkrieg in Deutschland ausprägenden staatsmonopolistischen Kapitalismus, dessen vollständige Durchsetzung während der nationalsozialistischen Diktatur erfolgt sei.

Nach diesem Ansatz übernimmt der Staat unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und besonders seit der siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution eine neue und qualitativ veränderte Rolle als staatsmonopolistische Herrschaftsorganisation, indem er in alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens dirigistisch eingreife, um trotz der revolutionären Herausforderung in Form der wachsenden Macht der Arbeiterklasse Macht und Profit der Finanzoligarchie zu sichern. Dieser Finanz- und Industriekomplex besitze die Führungsrolle, ohne daß er alle Monopole umgreife. Um die Führung im Monopol brächen immer wieder Konkurrenzkämpfe zwischen den einzelnen Monopolgruppen aus.

Auch verträten die einzelnen Monopolgruppen unterschiedliche politische Konzepte, von der „wendig-parlamentarischen Linie“ in der modernen Elektro-Chemiegruppe bis zur „abenteuerlich-militaristischen Taktik“ der Kohle-Eisen-Stahl-Gruppe⁹⁾. Es sei diese montane Schwerindustrie gewesen, die Hitler in der allgemeinen Krise nach 1930 an die Macht gebracht habe, um sich die ökonomische Priorität zu sichern. Doch sollten sich im

⁷⁾ *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsgg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Ulbricht, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 55.

⁸⁾ W. Ulbricht (Anm. 6), S. 13 f.

⁹⁾ W. Ruge, *Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 13 (1963), S. 1090 ff.

Verlauf des Dritten Reiches die Machtverhältnisse zwischen diesen Monopolen erneut verändern und schließlich der Chemie-Elektro-Gruppe den Primat verschaffen.

Bis hin zu den nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungszielen lassen sich nach diesem Konzept alle politischen Entscheidungen des Regimes auf die Interessen monopolkapitalistischer, imperialistischer Gruppen der deutschen Wirtschaft zurückführen. Mit dieser These wurde stärker, als dies bisher der Fall war, die historische Kontinuität vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und das Dritte Reich bis hin zur Bundesrepublik herausgestellt und damit begründet, daß ein entscheidender Wechsel in den sozialen Machteliten dieser Gesellschaft nicht stattgefunden habe. Die nationalsozialistische Phase verliert damit jede Singularität, und letzten Endes soll mit der Faschismuskritik der westdeutschen Nachkriegsgeschichte als „Wiederbelebung und kontinuierliche Fortsetzung“ dieser staatsmonopolistischen Tendenz der Prozeß gemacht werden.

Diese Neuorientierung wird von DDR-Autoren selbst auf den Beginn der sechziger Jahre datiert und der historischen Forschung damit eine neue Qualität zugesprochen. Mit der Festigung der DDR soll sich die Geschichtswissenschaft, „gestützt auf die Erfahrungen der antifaschistischen Kämpfer, besonders der Arbeiterklasse, den notwendigen breiten und gründlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der faschistischen Etappe der deutschen Geschichte unterziehen“¹⁰⁾. Die Geschichtswissenschaft der DDR, die durch die restlose Überwindung des Imperialismus in der DDR „den einzigen freien und wahrhaftigen Standpunkt des Volksinteresses“¹¹⁾ vertreten könne, soll die Rechtfertigung für die staatliche Spaltung und die Eigenexistenz der DDR liefern. Die wissen-

schaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde in dieser Phase vorrangige Aufgabe, und damit einher ging die verstärkte Beschäftigung mit dem antifaschistischen Kampf der KPD als der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse.

Eine weitere Zäsur für die DDR-Geschichtswissenschaft bedeutete der VIII. Parteitag der SED von 1971. Die stärkere Orientierung weg vom sozialistischen Modell DDR zum revolutionären Weltprozeß und zum Internationalismus gab der „gesellschaftswissenschaftlichen Forschung viele kräftige Impulse“¹²⁾. Für die Faschismusforschung brachte die Entwicklung eine Ausweitung der Fragefelder auf der Grundlage der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus: Neben Arbeiten zur faschistischen Kriegswirtschaft traten neue Untersuchungen über die „Kriegsziele des faschistischen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg und über Kontinuität und Modifikation in der Geschichte imperialistischer Herrschaft auf deutschem Boden“¹³⁾. Hinzu kamen verstärkt Untersuchungen zur faschistischen Ideologie, zur Massenbasis und zum Masseneinfluß des Faschismus, auch zur Funktion des Rassenantisemitismus und natürlich Arbeiten zum Antifaschismus, dem wichtigsten Kontinuum in der zeitgeschichtlichen Forschung der DDR.

Einige dieser Neuansätze entstanden ganz offenkundig auch unter dem Eindruck einer auch in methodischer Hinsicht differenzierteren Forschung in der Bundesrepublik, deren man sich zunehmend meinte stellen zu müssen. Dies gilt sowohl für die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Judenpolitik wie für die Entstehungsgeschichte der NSDAP und schließlich auch im ersten Ansatz für eine vergleichende Faschismusforschung, die nach eigenem, jüngst getroffenen Eingeständnis zu den „empfindlichen Lücken“¹⁴⁾ der Geschichtsschreibung der DDR zählt.

III. Themen und Thesen

1. Der Aufstieg der NSDAP

Mit der Geschichte der NSDAP als politischer Massenbewegung hat sich die marxistisch-leninistische Faschismusforschung schon immer schwer getan. Denn Aufstieg und Massenerfolg dieser Partei bedeuteten zugleich eine empfindliche politische Niederlage des Kommunismus und seines Anspruchs auf revolutionäre Mobilisierung der krisengeschüttelten Gesellschaft der Weimarer Republik

¹⁰⁾ D. Eichholtz, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, S. 127.

¹¹⁾ Ebd.

wie eine Niederlage der Erklärungskraft der eigenen politischen Doktrin. Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung der NSDAP zu einer Massenbewegung fehlten darum in der DDR-Forschung lange Zeit fast völlig. Es galt und gilt als ausgemacht, daß die NSDAP „die ökonomischen und politischen Ziele des deutschen Imperialismus“¹⁵⁾ vertrat und demzufolge von einer anfangs

¹²⁾ R. Richter (Anm. 5), S. XVII.

¹³⁾ Ebd., S. XVIII.

¹⁴⁾ Ebd., S. XXIV; ähnlich bei D. Eichholtz/K. Gossweiler (Anm. 2), S. 17.

¹⁵⁾ M. Weißbecker, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 1919–1945, in: Die bürgerlichen Parteien in

noch kleinen, aber besonders unversöhnlichen und aggressiven Gruppe des Monopolkapitals, insbesondere innerhalb der Schwerindustrie, gegründet und gefördert wurde.

Eine weitere Analyse des Aufstiegs dieser Partei und ihrer spezifischen Organisations- und Aktionsformen schien dadurch überflüssig. Wenn von einer faschistischen Bewegung die Rede war und ist, dann nur im engen Bezugsrahmen der marxistischen Klassenanalyse. Der Nationalsozialismus vertrat danach „ausschließlich die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie“¹⁶⁾ und verdankte seine Entstehung und seinen Aufstieg nach dieser Lesart einzig den sich verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüchen des Monopolkapitalismus, d. h. den Spannungslagen zwischen einer wachsenden Disproportionalität in der gesellschaftlichen Verteilung des Volkseinkommens einerseits und eines sich verschärfenden Klassenkampfes wie einer heftigen ökonomischen Krise andererseits, die die besonders intransigenten Gruppen des Monopolkapitals nach einer Bewegung hatten suchen lassen, die zur Ausschaltung der revolutionären Arbeiterbewegung und zur Errichtung einer offenen Diktatur besonders geeignet erschien.

In diesem Wettbewerb um die Gunst der monopolistischen Machthaber hat sich die NSDAP behaupten können, weil „sie sowohl nach innen wie auch nach außen ein extrem reaktionäres imperialistisches Programm verfocht und weil sie es wie keine andere der zahlreichen bürgerlichen Parteien verstanden hatte, abgrundtief volksfeindliche Absichten zu verbergen“¹⁷⁾. Die NSDAP leistete das, wonach die „deutsche Monopolbourgeoisie“ suchte, um die Ergebnisse von Weltkrieg und Revolution rückgängig zu machen. Sie verband „brutalen Terror“ mit „raffiniertem ideologischer Beeinflussung der werktätigen Massen und besonders der Arbeiterklasse“¹⁸⁾.

Der Nachweis für diesen Klassencharakter des Nationalsozialismus in Gestalt von direkten Verbindungen zwischen der frühen NSDAP und monopolistischen Gruppen fiel freilich so schwer, daß sich die DDR-Historiker allmählich um eine verfeinerte Argumentation bemühten. „Weniger offensichtlich sind die unmittelbaren Beziehungen zwischen der Industrie und der nationalsozialistischen

Partei“¹⁹⁾, räumte Manfred Weisbecker 1970 ein. Darum richtete sich das Augenmerk verstärkt auf die politische und ideologische Affinität der frühen NSDAP zu anderen völkischen oder nationalrevolutionären Gruppierungen, bei denen sich finanzielle Unterstützungen aus Unternehmerkreisen nachweisen ließen. Um diese Beweisführung besser abstützen zu können, wurden die ideologischen Differenzen zwischen der konservativen Revolution und den Nationalsozialisten eingeebnet. Für Joachim Petzold waren darum die Jungkonservativen „nicht nur ideologische Wegbereiter der Nazi-Herrschaft“, sondern auch „eine besondere Erscheinungsform des sich entwickelnden Faschismus“²⁰⁾.

Damit meinen die DDR-Historiker einen Beleg für ihre hartnäckige Behauptung erbracht zu haben, daß weder der „Faschismus noch die nazistischen Organisationen . . . eine selbständige und autonome, d. h. von der herrschenden Klasse unabhängige Bewegung“ sind, die etwa aus dem „Kleinbürgertum herausgewachsen [waren] oder gar von einzelnen Personen allein geschaffen wurden“²¹⁾. Der Faschismus entstand, so weiterhin die Behauptung der marxistischen Faschismusforschung, „auf der Grundlage neuer Bedürfnisse der imperialistischen Bourgeoisie sowie im Ergebnis der neuen, krisenhaften innen- und außenpolitischen Existenzbedingungen des deutschen Imperialismus“²²⁾.

Was in der nichtmarxistischen Forschung übereinstimmend als spezifisch faschistisches Charakteristikum gilt, wie etwa das Führerprinzip und die autonome Durchsetzung von Hitlers Führerrolle bzw. der wachsende Massenanhang, wird auf eine „organische“ Verbindung zu der bürgerlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung und deren Bedürfnisse zurückgeführt. Hitlers Führerposition unterschied sich demnach kaum von der Führungsaufgabe anderer Führer bürgerlicher Parteien, nur daß die historischen Umstände nun einen anderen Führungsstil erforderten. „So wie die faschistische Diktatur organisch aus anderen Herrschaftsformen des Imperialismus hervorgegangen war und die NSDAP — trotz aller ihrer Spezifik — die Grundzüge des bürgerlichen Parteienwesens bis zur extrem reaktionären Konsequenz geführt hat, besteht auch ein enger, organischer Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Formen der politischen Führung und den Führern der Monopolbourgeoisie.“²³⁾

Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsgg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von D. Fricke, Bd. 2, Berlin (Ost) 1970, S. 384.

¹⁶⁾ Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin (Ost) 1969, S. 571.

¹⁷⁾ K. Pätzold/M. Weißbecker, Geschichte der NSDAP 1920—1945, Köln 1981, S. 11.

¹⁸⁾ Ebd., S. 21.

¹⁹⁾ M. Weißbecker (Anm. 15), S. 391.

²⁰⁾ J. Petzold, Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin (Ost) 1978, S. 8.

²¹⁾ K. Pätzold/M. Weißbecker (Anm. 17), S. 22.

²²⁾ Ebd.

²³⁾ M. Weißbecker/H. Gottwald, Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. Biographische Aspekte in der Geschichte

Im angeblich faschistischen Führerprinzip will Manfred Weisbecker darum nichts anderes sehen als eine „Übertragung des militärischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips und damit eines wichtigen Aspektes der inneren Funktion des Militarismus auf das gesellschaftliche Leben schlechthin“²⁴⁾. Darum kann sich derselbe Autor die Führungskrise der frühen NSDAP im Sommer 1921 und den schließlichen Durchbruch Hitlers zur diktatorischen Führerstellung nur als Exekution der Konzeptionen des im Hintergrund die Fäden ziehenden Münchener Reichswehr-Gruppenkommandos vorstellen, ohne daß dafür ein tatsächlicher Beweis erbracht wird. Der liegt, wie in vielen anderen Fällen auch, einzig in der scheinbaren oder tatsächlichen bzw. partiellen Identität bestimmter Zielvorstellungen. Von dort aus wird rückwärts geschlossen, daß dann auch eine entsprechende Beeinflussung oder Steuerung vorgelegen haben muß.

Was immer an Behauptungen und Indizien für eine Lenkung der NSDAP von ihren Anfängen bis zur Machtübernahme 1933 und darüber hinaus angeführt wird, immer dient es dem Versuch, die Auffassung der „bürgerlichen“ Geschichtswissenschaft zu widerlegen, daß Bourgeoisie und alte Machteliten erst dann Interesse am Nationalsozialismus gezeigt haben, als dieser zu einer Massenbewegung angewachsen war. Darum werden alle parteiinternen Konflikte und Entwicklungen, auch etwa die Auseinandersetzungen zwischen dem Strasser-Flügel und der Münchener Parteizentrale bis hin zur Parteikrise vom Dezember 1932, auf Entscheidungen außerhalb der Partei zurückgeführt, nämlich auf Auseinandersetzungen zwischen den hauptsächlichsten Gruppierungen der Monopol-Bourgeoisie, deren unterschiedliche Interessen und Strategien sich nach dieser Auffassung in den jeweiligen Flügel- und Richtungskämpfen innerhalb der NSDAP wie in deren Verhältnis zu anderen „reaktionären“ Kräften niederschlugen.

Die Massenbasis des Nationalsozialismus spielt allenfalls eine drittrangige Rolle. Nicht die Mitglieder der Partei, „die Angehörigen des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums“, bestimmten „Charakter und Politik der Nazi-Partei“, sondern „Ziele und Interessen des deutschen Imperialismus“²⁵⁾. Der Massenbasis bleibt dann nur die Rolle eines durch „hurra-patriotisch-antikommunistische“ Parolen getäuschten Anhangs, der sich entgegen seinen „objektiven Interessen als Teil des werktätigen Volkes“²⁶⁾ manipulieren ließ.

der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 27 (1979), S. 307.

²⁴⁾ Ebd.

²⁵⁾ K. Pätzold/M. Weißbecker (Anm. 17), S. 100.

²⁶⁾ Ebd.

Ergebnisse der modernen Partei- und Wahlsoziologie zur NSDAP werden nur in sehr begrenztem Umfange und ohne Einfluß auf die vorgefaßte Deutung des Nationalsozialismus als der „wählerstärksten Partei des Kapitals“ aufgenommen. Die Implikationen dieses Aneignungsvorganges spiegeln sich in der Debatte um die Rolle der Arbeiterschaft innerhalb der nationalsozialistischen Massenbewegung – einer der wenigen Bereiche, in dem Dissens innerhalb der DDR-Faschismusforschung überhaupt öffentlich ausgetragen und dann sofort als Beweis für die Lebendigkeit und Innovationskraft dieser Forschung herausgestellt wird.

Freilich sind die Abweichungen eher bescheidener Natur und spiegeln nur die engen Grenzen des Handlungs- und Interpretationsrahmens, die durch die dogmatischen Vorgaben gezogen sind. So besteht Kurt Gossweiler darauf, daß die Aufgabe der manipulativen Einbindung der Arbeiterschaft während der gesamten Weimarer Republik für die NSDAP bestand. Wolfgang Ruge, einem wesentlich traditionelleren Ansatz verpflichtet, behauptet, daß spätestens 1923 die Monopolisten und Faschisten von der Hoffnung auf Mobilisierung der Arbeiterschaft Abschied genommen hätten und sich ausschließlich dem Kleinbürgertum als Basis der NSDAP zuwandten. Joachim Petzold geht davon aus, daß nicht der klassische Proletarier Zielgruppe der faschistischen Propaganda und Manipulation war, sondern solche Arbeiter, die ideologisch auf der Grenzlinie zwischen Handwerk und Arbeiterschaft standen²⁷⁾.

Auch im Bereich der vergleichenden Faschismusforschung, eingestandenermaßen ein Desiderat der DDR-Historiographie, lockert sich der starre Bezugsrahmen nur schrittweise. Während Weißbecker vor einigen Jahren die Kritik an diesem Mangel noch damit zu entkräften versuchte, daß er die sich im Rahmen des marxistisch-leninistischen Dogmas bewegenden Vergleiche zwischen der NSDAP und anderen bürgerlich-reaktionären Parteien, allesamt nur als verschiedene nationale faschistische Fraktionen verstanden, als Beleg für eine komparatistische Forschung ausgab, geht Gossweiler mittlerweile auch international vergleichend vor. Er unterscheidet zwischen zwei Varianten des Faschismus, wobei er konsequenterweise wieder vom Faschismus an der Macht ausgeht. Die eine, ungleich häufigere Variante ist danach die faschistische Diktatur etwa in Südosteuropa und auf der Iberischen Halbinsel, die sich vorwiegend auf die Armee stützte und auch gegen faschistische Parteien vorging. Die andere Variante, mehr die Ausnahme, ist der Faschismus in Italien und Deutsch-

²⁷⁾ D. Eichholtz/K. Gossweiler (Anm. 2), S. 111 ff., S. 128 ff., S. 269.

land, wo eine faschistische Massenbewegung die Grundlage einer faschistischen Diktatur bildet.

Wieder wird der für die westliche Faschismusforschung zentralen Kategorie der Existenz einer faschistischen Massenbewegung nur sekundäre Bedeutung zugesprochen. Interessant ist auch die Periodisierung Gossweilers. Er weist beide Varianten der faschistischen Diktatur einem ersten Zyklus der Geschichte des Faschismus bis 1945 zu, denen er durchaus eine eigene historische Qualität zuspricht, wenn er die nach 1945 folgende Geschichte des Faschismus nicht als eine „einfache Fortsetzung des Vorhergehenden“ bezeichnet, sondern als einen Neubeginn schon deshalb betrachten muß, weil nun ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus im weltweiten Rahmen eingetreten ist. Aber, so wird sofort wieder eingeschränkt, das bedeutet nicht das Ende des Faschismus im Jahre 1945, weil dessen „imperialistischer Mutterboden . . . vielerorts noch weiter erhalten bleibt“²⁸⁾.

2. Faschismus an der Macht

Daß die monopolistischen Auftraggeber Hitler an die Macht gebracht haben, ist für die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung ebenso fundamentale Wahrheit wie die Tatsache, daß alles, was das nationalsozialistische Regime tat, diesem Auftrag entsprach. Von der Unterdrückung der Arbeiterbewegung über die Zerstörung der Reste der bürgerlichen Demokratie bis hin zur blutigen Ausschaltung der rebellierenden SA am 30. Juni 1934, alles geschah im Interesse des Monopolkapitals. Nicht einen internen Machtkampf zwischen Hitler, Himmler, Göring und der Reichswehr auf der einen und Röhm's unzufriedener Bürgerkriegsarmee auf der anderen Seite wollen die DDR-Historiker in der Röhm-Affäre sehen, sondern eine Auseinandersetzung zwischen den Monopolgruppen und ihren jeweiligen Bataillonen: einer Allianz aus Schwerindustrie und Armee, der sich schließlich auch Hitler anschloß, gegen eine Verbindung aus Elektro- und Chemieindustrie mit Röhm, Strasser und Schleicher.

Während eine Koinzidenz der Interessen zwischen Hitler/Göring und der Armee wie auch der Schwerindustrie in diesem Falle plausibel ist, läßt sich ein überzeugender Beweis für den Zusammenhang von SA und dem Elektro-Chemie-Komplex überhaupt nicht erbringen. Meist wird ein solcher Zusammenhang auch nur behauptet, ohne daß irgendwelche Belege erbracht werden. Wenn diese aber genannt werden, dann sind sie so vage und konstruiert, daß die angestrenzte Bemühung nicht verborgen wer-

den kann, eine dogmatisch vorgefaßte Interpretationslinie um jeden Preis einhalten zu müssen. Denn es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Deswegen gehen nach Meinung der DDR-Historiographie auch nicht primär Hitler und die Reichswehr gestärkt aus der Röhm-Affäre hervor, sondern das Monopolkapital. „Der 30. Juni kennzeichnete den Abschluß einer Entwicklungsetappe der faschistischen Diktatur, an deren Beginn die Zerschlagung der legalen Organisation der Arbeiterklasse mit den Händen der nationalsozialistischen Kleinbürger und an deren Ende die Abrechnung der faschistischen Diktatur mit der Opposition eben dieser kleinbürgerlichen Nazi-Gefolgschaft gegen die Allmacht der Monopole stand. Der 30. Juni vollendete somit die Errichtung der unumschränkten terroristischen Diktatur des Finanzkapitals über alle übrigen Klassen und Schichten des deutschen Volkes.“²⁹⁾

In der Zäsurwirkung des 30. Juni 1934 sind sich marxistische und nichtmarxistische Historiker einig. Doch in der Charakterisierung der Ursachen, Hintergründe und Folgen der deutschen Bartholomäusnacht liegen tiefe Differenzen. Sieht die westliche Forschung im 30. Juni eine weitere Etappe bei der Konsolidierung und Verselbständigung der nationalsozialistischen Diktatur, so lehnen die marxistischen Autoren eben diese These von der schrittweisen Verselbständigung der Führerdiktatur vom konservativen Bündnispartner entschieden ab und sehen umgekehrt nun den tatsächlichen „Klasseninhalt“ des nazistischen Regimes erfüllt und dieses für seine eigentlichen Aufgaben gerüstet, nämlich nach der Ausschaltung aller inneren Widerstände die Voraussetzung für die „imperialistische“ Außenpolitik zu schaffen.

Alle weiteren Entscheidungen und Maßnahmen des Regimes werden als Ausfluß „monopolistischer Kriegsvorbereitung“ gesehen. Allen Hinweisen, die für eine wachsende Verselbständigung der nationalsozialistischen Führungsgruppen und eine Alleinherrschaft Hitlers sprechen, wird entgegengehalten, daß dies letztlich doch nur im Interesse der Monopolisten erfolgte. Wer aber dennoch von der Führerdiktatur Hitlers spricht, dem wird mit dem überall bewährten vorwissenschaftlichen und politischen Argument begegnet, daß man damit versuche, die „wirklichen Herren Deutschlands – Monopolisten, Junker und Militaristen – vor jeder Verantwortung für die Verbrechen Hitler-Deutschlands, insbesondere für den Zweiten Weltkrieg, freizusprechen. Aber die Politik, die Hitler durchführte, war nichts anderes als die Verwirkli-

²⁸⁾ K. Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 bis 1924, Köln 1982, S. 48 f.

²⁹⁾ E. Paterna u. a., Deutschland von 1933 bis 1939 (= Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 11), Berlin (Ost) 1969, S. 119.

chung ihres Programmes, und solange er dabei erfolgreich war, hatten sie begreiflicherweise nichts gegen ihn einzuwenden.“³⁰⁾

Über diesen Schein von politischer Autonomie, die auf der Kongruenz von Interessen beruht, einen Schritt hinausgehend, erlaubt neuerdings die Monopolgruppentheorie, dem faschistischen Staatsapparat ein etwas größeres politisches Eigengewicht zuzugestehen, das mit Konflikten und Verschiebungen innerhalb der rivalisierenden Gruppen des Monopolkapitals erklärt und damit immer wieder auf den Primat der Ökonomie zurückgeführt wird. Auch die „Polykratie der Ressorts“, ein Begriff, den man neuerdings von Martin Broszat übernimmt, wird auf staatsmonopolistische Strukturen und Konflikte zurückgeführt, ohne daß es dafür freilich einen Beleg gibt.

Seit den sechziger Jahren hat die Monopolgruppentheorie im Verein mit detaillierten Archivstudien differenziertere Aussagen und eine flexiblere Argumentation eröffnet. Seit der Diskussion mit dem Anglo-Marxisten Tim Mason in der Berliner Zeitschrift „Argument“ über den Primat der Politik oder den Primat der Ökonomie haben sich die beiden prominenten Vertreter dieser Konzeption, Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, gegen den Vorwurf einer platten Identifizierung von ökonomischen Interessen des Monopolkapitals und nationalsozialistischer Politik damit zu wehren versucht, daß sie die Ursachen für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur nie allein und primär in den ökonomischen Bedingungen sehen wollten, sondern „in den unmittelbaren politischen Bedürfnissen der herrschenden Klassen“³¹⁾. Faschistische Politik und Ideologie entsprechen nach Eichholtz nur auf vermittelte Weise den Interessen des Finanzkapitals. Damit ist freilich soviel interpretatorischer Freiraum geschaffen, daß die Form politischer Herrschaft als variabel gelten kann, nicht aber deren Inhalt, der letztlich als Funktion ökonomischer Interessen des Monopolkapitals gedacht wird. Am Primat der Ökonomie wird somit nicht gerüttelt.

Ein tatsächlicher Nachweis der monopolistischen Einflußnahme auf Hitlers Entscheidungsbildung, etwa bei der Auslösung des Krieges und vor allem in der Vorbereitung des Rußland-Feldzuges, ist allen vorgelegten Dokumentationen zum Trotz bisher nicht erbracht worden. Lediglich die Tatsache der Zusammenarbeit von Großindustriellen mit der nationalsozialistischen Führung und die unbestrittenen großen Profite, die großindustrielle Unternehmer nach der entsprechenden Expansion dabei erzielten, müssen als Beweis für deren maßgebliche

³⁰⁾ Ebd., S. 121.

³¹⁾ D. Eichholtz, Faschismus und Ökonomie, in: ders./K. Gossweiler (Anm. 2), S. 50.

und ursächliche Rolle bei der Herbeiführung der politischen Entscheidung dienen. Weil der Krieg den Gewinnen der monopolistischen Industrie zugute kam, muß er von ihr ausgegangen sein. Dies aber heißt, von den Wirkungen eindimensional auf mögliche Ursachen zurückzuschließen. Eine Argumentation, die uns immer wieder begegnet, lautet: *post hoc, ergo propter hoc*³²⁾.

Die Gretchenfrage für alle orthodoxe Faschismusdeutung bleibt die Frage, welches Gewicht der Autonomie politischen Handelns als Erklärungsfaktor für die nationalsozialistische Politik eingeräumt wird. Dies gilt für die Analyse des Herrschaftssystems wie der Ideologie und Rolle Hitlers, für die überhaupt keine angemessene Erklärung angeboten wird. Dies gilt auch für die wachsende Verselbständigung der SS gegenüber dem Staatsapparat und den übrigen nationalsozialistischen Parteiorganisationen während des Krieges. Zwar wird ein solcher Vorgang eingestanden, doch zugleich wird diese Auflockerung in der Interpretation wieder damit abgefangen, daß dahinter Forderung und Förderung des Finanzkapitals vermutet wird.

Auch die nationalsozialistische Außenpolitik wird in das Konzept der staatsmonopolistischen Faschismusdeutung gezwängt. Zwar stimmen die marxistischen Historiker mit der westlichen Forschung in der Bestimmung der einzelnen Etappen der deutschen Außenpolitik und des bloß instrumentellen Charakters der Forderung nach Revision des Versailler Vertrages überein, doch trennen sich die Wege, wenn es darum geht, die letztendliche Verantwortung für die expansionistische Außenpolitik des Regimes zu bestimmen. Es waren eine kleine Gruppe von monopolistischen Wortführern und deren materielle Interessen, auf die nun alle außenpolitischen Entscheidungen zurückgeführt werden. Doch hat es die DDR-Geschichtswissenschaft bisher versäumt, solche Entscheidungsprozesse ausführlich zu analysieren; statt dessen hat sie versucht, durch die Publikation von Denkschriften und wirtschaftspolitischen Entwicklungsplänen ökonomischer Interessengruppen den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht eher zu suggerieren als tatsächlich zu beweisen.

Dieses Verfahren steht in einem eklatanten Widerspruch zur eigenen Behauptung, daß es sich um ein „kompliziertes System staatsmonopolistischer Machtausübung in der faschistischen Diktatur“³³⁾

³²⁾ Übers.: Danach, also deswegen. So A. Dorpalen, German History in Marxist Perspective, London 1985, S. 440.

³³⁾ Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsgg. und eingeleitet von W. Schumann und L. Nestler, Berlin (Ost) 1975, S. 26; ähnlich M. Weißbecker, Zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des deutschen faschistischen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, 37/38 (1976), S. 19.

handle. Doch es wird weder der Versuch unternommen, diese Mechanismen durch eine bloße Korrelation der Zielvorstellungen oder gar durch eine Ursache-Folge-Relation zu belegen. Die Frage nach dem „irrationalen und pathologischen Charakter bestimmter Endziele des Nationalsozialismus“³⁴⁾ und vor allem auch nach der Rolle Hitlers im außenpolitischen Entscheidungsvorgang wird dagegen völlig ausgeblendet. Eine Geschichte nationalsozialistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik, ohne den Namen Hitlers überhaupt oder allenfalls beiläufig zu erwähnen, läßt sich nur als Akt des Ausweichens und der Verdrängung charakterisieren, ohne daß man damit der gegenteiligen, einseitig hitlerzentrischen Position das Wort redet.

Während die nationalsozialistische Außenpolitik in der DDR-Forschung bisher recht stiefmütterlich behandelt wurde, bildet die Geschichte des Zweiten Weltkriegs seit der Mitte der sechziger Jahre einen deutlichen Schwerpunkt geschichtswissenschaftlicher Anstrengung. Denn im Verlauf des Krieges konzentrierten sich nach Meinung Kurt Gossweilers alle Aspekte der Faschismusproblematik und traten dort am schärfsten hervor³⁵⁾. Dem würde auch die westliche Forschung zustimmen, nur mit einer anderen Begründung. Für die DDR-Forschung enthüllte sich im faschistisch-imperialistischen Krieg „die als Hauptstoßkraft der Weltreaktion gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtete Politik des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus zur Verwirklichung seiner Eroberungs- und Weltherrschaftspläne gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und der anderen Völker“. Ein zweiter, nicht weniger wichtiger Grund für das besondere Interesse am Zweiten Weltkrieg liegt darin, daß sich hier „der Kampf der Arbeiterklasse und der KPD an der Spitze aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes als Klassenkampf gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg für eine antiimperialistische und demokratische Ordnung in Deutschland sichtbar“³⁶⁾ machen läßt.

Mit der sechsbändigen Darstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ liegt eine auch für das Verständnis der Nachkriegsentwicklung repräsentative Darstellung vor, die nach dem Urteil von Andreas Hillgruber durch ihre Erforschung der inneren Situation Deutschlands eine echte Forschungslei-

stung darstellt und auch in ihren militär- und kriegsgeschichtlichen Abschnitten in weiten Teilen Anerkennung gefunden hat, weil eine allzu große Vereinfachung im Sinne der Parteilichkeit vermieden wurde. Dies gilt auch, wie Andreas Hillgruber feststellte, für einige Tabu-Bereiche, die mit Eleganz umschifft werden³⁷⁾. Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang das in der marxistisch-leninistischen Forschung bislang hartnäckig verschwiegene geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt, das zwar auch in dieser Darstellung nicht genannt wird, aber immerhin indirekt damit angekündigt wird, daß in der entsprechenden Anmerkung auf den Aktenband der bundesrepublikanischen Edition ADAP verwiesen wird, wo im Anschluß an den Text des Hitler-Stalin-Paktes selbstverständlich auch das geheime Zusatzprotokoll abgedruckt wird.

Die Grenzen der Interpretation auch in dieser großen Darstellung liegen immer dort, wo die Rolle der Monopolbourgeoisie als Urheber der nationalsozialistischen Kriegspolitik herausgestellt wird und umgekehrt Faktoren wie die rassenpolitische Komponente in dem nationalsozialistischen Vernichtungskampf sowie der Vernichtungswille Hitlers heruntergespielt und nicht als mitentscheidende oder gar entscheidende Triebkraft des Krieges und seines Verlaufes dargestellt werden.

Einen unbestrittenen Fortschritt in Richtung auf eine differenziertere Betrachtung haben auch die Arbeiten von Kurt Pätzold zum Problem des Antisemitismus und der Genesis der sogenannten Endlösung der Judenfrage erbracht, für jenen Bereich also, der in der DDR-Forschung lange Zeit überhaupt keine Beachtung gefunden hat³⁸⁾. Denn es galt als unumstößliche Wahrheit, daß der nationalsozialistische Antisemitismus als Ideologie wie als praktische Politik lediglich einen funktionalen Charakter als Teil der faschistischen Manipulationsstrategie besaß.

Pätzold nun hat sich der konkreten Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik zugewandt und den mit Kriegsbeginn einsetzenden Umschlag zur Politik des Genozids beschrieben. Ganz in Übereinstimmung mit dem strukturalistischen Ansatz in der

³⁷⁾ A. Hillgruber, „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“. Anmerkungen zu einem Standardwerk der DDR-Geschichtsschreibung, in: Historische Zeitschrift, (1976) 223, S. 367.

³⁸⁾ K. Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des deutschen faschistischen Imperialismus 1933–1935, Berlin (Ost) 1975; ders., Von der Vertreibung zum Genozid. Von den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: D. Eichholtz/K. Gossweiler (Anm. 2), S. 181–205; vgl. dazu K. Kwiet, Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution, in: Leo Baeck Institute Yearbook, 21 (1976), S. 173–198, bes. S. 196 ff.

³⁴⁾ M. Broszat, Zur Erforschung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, in: ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, hrsgg. von H. Graml und K. D. Henke, München 1986, S. 41.

³⁵⁾ K. Gossweiler (Anm. 4), S. 8.

³⁶⁾ Konzeption für die Ausarbeitung einer vierbändigen „Geschichte Deutschlands im Zweiten Weltkrieg“, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, (1968) 1/2, S. 5.

westlichen Forschung sieht er den Übergang zur Politik der „Endlösung der Judenfrage“ als Ergebnis von verschiedenen, unkoordinierten Vertreibungsaktionen. Sieht man einmal davon ab, daß auch für Pätzold die funktionale Erklärung der nationalsozialistischen Politik als Agentin des Monopolkapitals den letzten Referenzpunkt bildet, so kommt dem Autor das Verdienst zu, den Weg zur Endlösungspolitik im Kontext des Expansionsdranges des nationalsozialistischen Regimes darzustellen und diesen Radikalisierungsprozeß vor allem für den Zeitraum von 1931 bis 1941 zu erhellen. Mit dieser Vorgehensweise, nämlich Judenpolitik und Kriegspolitik in einen engen Zusammenhang zu stellen, nähert sich Pätzold Ansätzen der westlichen Forschung.

Das andere Thema, das das Interesse auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs lenkt, ist der Klassenkampf, und zwar sowohl im nationalen wie im internationalen Kontext. Denn einmal gewinnt der Krieg mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eine zusätzliche Qualität. Er ist nicht mehr allein bloß imperialistischer Krieg, sondern nun zentraler Punkt im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Seine eigentliche Front bildet nun die deutsch-sowjetische. In diese internationale Situation eingebettet, erfährt auch der Klassenkampf auf nationaler Ebene eine neue Verschärfung. Der Konzentration des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu seiner höchsten Form entspricht umgekehrt eine Ausweitung des antifaschistischen Widerstandes. Zumindest suggeriert dies

die Forschung, die sich mit größter Akribie in zahlreichen lokal- und regionalgeschichtlichen Einzeluntersuchungen wie auch in Gesamtdarstellungen dem Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime zuwendet.

Nach wie vor konzentriert sich die DDR-Widerstandsforschung auf den antifaschistischen Widerstand der KPD, wenn auch nicht mehr in der Ausschließlichkeit und Einseitigkeit vergangener Jahre. Die Betrachtung führt nun auch über die Widerstandstätigkeit der KPD hinaus und kommt zu einer positiven Beurteilung auch des bürgerlich-konservativen Widerstandskampfes³⁹⁾. Dies erlaubt das neue Traditions- und Erbe-Konzept, dem sich die gesamte DDR-Geschichtsforschung verpflichtet fühlt⁴⁰⁾.

Gehört nun die Widerstandsbewegung des 20. Juli zum historischen Erbe, so kommt dem antifaschistischen Kampf der KPD nach wie vor die Rolle der zu pflegenden historischen Tradition zu. Denn der Antifaschismus der Kommunisten hat für die DDR eine doppelte und zentrale Funktion. Einmal wird seine Existenz von den Anfängen des Dritten Reiches bis zu seinem Ende als Beweis für den fortdauernden Klassenkampf bemüht, zum anderen bildet er die politische Legitimationsgrundlage der SED und damit der DDR. Doch bedeutet die Ausweitung der Widerstandsproblematik zugleich das Eingeständnis, daß das deutsche Volk keineswegs ein Volk von Antifaschisten war und auch die KPD nur eine Minderheit bildete.

III. Schlußbetrachtung

Die Faschismusforschung in der DDR ist ein extremes Beispiel für die dort vorgenommene Trennung der deutschen Geschichte in zwei sich diametral gegenüberstehende Kontinuitätslinien. Die eine negative, imperialistische Linie führt vom Kaiserreich über das Dritte Reich in die Bundesrepublik. Die andere positive, antifaschistische Traditionslinie führt von der revolutionären Arbeiterbewegung über die KPD in die DDR und macht diese zum Höhepunkt deutscher Geschichte. Nur der Widerstand erlaubt neuerdings eine Durchbrechung dieser entgegengesetzten Linien im Sinne der Traditions- und Erbe-Diskussion und damit einen Schritt zur Aneignung auch der anderen, nichtrevolutionären historischen Traditionen.

Was für das geschichtliche Selbstverständnis der DDR im Augenblick jedoch noch mehr zählt, ist die Möglichkeit, die sich die DDR-Wissenschaft und Wissenschaftspolitik mit ihrer Faschismusdeutung geschaffen hat. Diese erlaubt, eine historische Verantwortung für die nationalsozialistische Zeit weit

von sich zu weisen und die Erinnerung an diese Herrschaft, die eben nicht nur von einer kleinen Clique, sondern auch von einem breiten Massenkonsens getragen war, nicht nur zu verdrängen, sondern damit zugleich ein Angebot der Integration an die vielen Mitläufer des Regimes zu machen. Denn schließlich war es nur eine kleine Gruppe des reaktionären Finanzkapitals und seiner faschistischen Agenten, die nach dieser Lesart für die faschistische Gewaltpolitik verantwortlich waren.

Ob mit dieser Selektion freilich eine Auseinandersetzung mit der ganzen deutschen Geschichte möglich sein wird und damit jener Anspruch der DDR

³⁹⁾ Vgl. neuerdings zusammenfassend K. Finker, Widerstand und Geschichte des Widerstandes in der Forschung der DDR, in: Deutschland-Archiv, 19 (1986), S. 710–721; ferner K. Finker/A. Busse, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin (Ost) 1984.

⁴⁰⁾ W. Schmidt, Zur Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 33 (1985), S. 195 bis 212.

behauptet werden kann, das positive Erbe der gesamten deutschen Geschichte so zu vertreten, daß der zweite deutsche Staat zum eigentlichen deutschen Kernstaat werden kann, bleibt sehr fraglich. Denn solange die nationalsozialistische Zeit als eine Art Fremdherrschaft einer kleinen Clique dargestellt und solange damit die dreißiger und vierziger Jahre auch aus der Vorgeschichte der eigenen Gesellschaft und ihrer Menschen ausgeblendet bleiben, solange wird die parteioffizielle Deutung der NS-Zeit quer zu den persönlichen Erfahrungen und den Geschichten der Menschen stehen, wird das Problem unausgesprochen bleiben, wie man unter den Bedingungen einer totalitären Diktatur leben und arbeiten kann und muß, ohne daß man sich damit nicht auch in das System verstrickt und zu dessen Stabilität beiträgt.

Weiter und tiefer geht die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte in der nationalsozialistischen Zeit nur in der Literatur der DDR⁴¹⁾. Dort wird die Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem und damit auch die Frage nicht ausgeklammert, warum so viele nicht nur nichts gegen das Regime unternommen, sondern auch „mitgemacht“ haben. So handelt Christa Wolf in ihrem Roman „Kindheitsmuster“ von 1976 von den Verhaltensweisen und Eindrücken einer Generation, die unter der Diktatur groß geworden und davon geprägt worden ist und diese Erfahrungen nicht einfach abschütteln kann. Da belädt Heiner Müller in seinem Theaterstück „Die Umsiedlerin“ den Rücken eines SED-Bürgermeisters mit einem NS-Funktionär in brauner Parteiuniform, um die Last der Geschichte zu demonstrieren, die nicht einfach durch die Veränderung einer Gesellschaftsordnung abgelegt werden kann.

Damit wird eine andere Ebene der Auseinandersetzung mit der Geschichte angesprochen, die im Kontrast zur offiziellen Geschichtsdarstellung steht. Christa Wolf zeigt sich unbefriedigt darüber, wie man sich in der DDR zur NS-Zeit verhält: „Man kann das delegieren: Wir haben die ‚bessere‘ Geschichte auf unserer Seite, und die anderen haben Pech, sie haben die alten Nazis. Aber ich meine, wir können uns zwar auf die bessere Tradition berufen — was übrigens wirklich ein ungeheu-

res Glück ist und sehr produktiv machen kann; aber nur dann, wenn man alles andere nicht vergißt, als wäre nichts gewesen, auch nicht im eigenen Leben.“⁴²⁾

Auf diese Weise, so klagt sie, weiche man sonst davor aus, auch über sich selber nachzudenken. Auch aus den Geschichtsbüchern erfahre man kaum etwas über die Zeit des Faschismus; vor allem über die Frage „Wie war es möglich und wie war es wirklich“ könne man nichts erfahren. Solcherart könne diese Zeit nicht wirklich „bewältigt“ werden, d. h. in dem Sinne, daß sich der einzelne mit seiner „ganz persönlichen Vergangenheit“ auseinandersetzt, „mit dem, was er persönlich getan und gedacht habe und was er ja nicht auf einen anderen delegieren kann“⁴³⁾.

Dem möglichen Gegensatz von offizieller Geschichtsdeutung und persönlicher Erfahrung will sie damit begegnen, daß sie eine Arbeitsteilung vornimmt: zwischen der rationalen Vermittlung von Wissen durch Geschichtswissenschaft und Soziologie einerseits und der literarischen Beschreibung der Emotionen und Ängste der Menschen, der „persönlichen und gesellschaftlichen Moral“ sowie den „Bedingungen, die beide außer Kraft setzen“ andererseits. Darin sieht sie die wirkliche „Aufgabe von Literatur, etwas Bewegung hineinzubringen in die inneren Schichten, mit deren Unbeweglichkeit man sich gerne beruhigt“⁴⁴⁾.

Aber, so muß man fragen, ist die Sozialgeschichte des Alltags, des politischen Verhaltens und der kollektiven Mentalitäten nicht auch und in erster Linie Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Machen solche Fragestellungen nicht erst zusammen mit der Politik- und Gesellschaftsgeschichte das Ganze einer geschichtlichen Epoche aus und erklären auf diese Weise, wie es dazu kommen konnte und wie es wirklich war. Es wird abzuwarten sein, ob von diesen Bemühungen der Literatur um eine Alltagsgeschichte unter der Diktatur auch Wirkungen auf die DDR-Geschichtswissenschaft ausgehen werden oder ob der starre Rahmen der staatsmonopolistischen Imperialismus- und Faschismustheorie der an das Prinzip der Parteilichkeit gebundenen Geschichtswissenschaft eine solche Auflockerung des NS-Bildes verwehren wird.

⁴²⁾ Diskussion mit Christa Wolf in der Akademie der Künste der DDR, in: Sinn und Form, 28 (1976), S. 873.

⁴³⁾ Ebd., S. 865.

⁴⁴⁾ Ebd.

⁴¹⁾ Ich verdanke diesen Hinweis, dem es noch weiter nachzugehen sich lohnte, Rüdiger Thomas.

Hans-Ulrich Thamer: Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/87, S. 27–37

Der starre Rahmen der dogmatisch festgelegten Imperialismus- bzw. Faschismustheorie der DDR-Historiographie, die im Faschismus nur eine Ausgeburt des staatsmonopolistischen Kapitalismus sieht, schränkt den Spielraum für eine Herausarbeitung der spezifischen Strukturen der nationalsozialistischen Bewegung und Herrschaft ebenso gravierend ein wie die „Parteilichkeit“ der DDR-Geschichtsforschung allgemein und der Faschismusforschung insbesondere.

Da die DDR-Historie im Faschismus nur ein Instrument des Monopolkapitals erblickt, leugnet sie jede politische und soziale Autonomie der nationalsozialistischen Massenbewegung, deren Anfänge und Aufstieg erst zögerlich und unzulänglich untersucht werden. Statt dessen konzentrierte man sich lange Zeit ausschließlich auf Untersuchungen des Faschismus an der Macht, insbesondere auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik. Dabei ist es weder gelungen, den maßgeblichen Einfluß bestimmter monopolistischer Gruppen auf die innen- und außenpolitischen Entscheidungen des Regimes schlüssig nachzuweisen noch die Richtungsänderungen bzw. die Veränderungen in den Strukturen des NS-Regimes als Folge einer Umgruppierung innerhalb des Monopolkapitals zu begründen.

Ein weiterer bevorzugter Forschungsgegenstand ist der antifaschistische Widerstand unter Führung der KPD. Er ist Legitimationsgrundlage der SED und Beleg für die Fortexistenz des Klassenkampfes während der NS-Zeit. Das Traditions- und Erbe-Konzept hat es mittlerweile der Widerstandsforschung erlaubt, auch den bürgerlich-konservativen Widerstand positiv zu beurteilen. Auflockerungen zeigen sich auch im Bereich von Untersuchungen zur NS-Rassenvernichtungspolitik wie zur inneren und militärischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs.

Auch wenn sich immer deutlicher Differenzierungen und Verfeinerungen der Aussagen vor allem im Detail beobachten lassen, so überschreiten sie freilich nicht den vorgegebenen Rahmen der marxistisch-leninistischen Faschismusdefinition. Lediglich in der Belletristik der DDR werden diese Grenzen durchbrochen und Wege zu einer Alltagsgeschichte der Diktatur und zu einer Verbreiterung des Spektrums des politischen Verhaltens in der NS-Zeit eröffnet, die in dem offiziellen Geschichtsbild nach wie vor als eine Art Fremdherrschaft einer kleinen Clique über das eigene Volk dargestellt wird.

Wilhelm Bruns: Was ist neu am „neuen Denken“ in der DDR? Die Friedens- und Sicherheitspolitik steht im Zentrum

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/87, S. 3–14

Wer in der DDR-Literatur blättert oder Reden von DDR-Politikern liest, stößt seit geraumer Zeit auf eine Vokabel, die sich wie ein roter Faden durch alle sicherheits- und außenpolitischen Beiträge zieht: Neues Denken. Was ist damit gemeint? Wie definiert die DDR das „neue Denken“? Was bedeutet dies für das Herangehen an die Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts? Welche Ergebnisse hat das Überdenken von Positionen in den Bereichen „Systemauseinandersetzung“, „Friedliche Koexistenz“, „gerechter bzw. ungerechter Krieg“, „Feindbilder“ u. a.? Nicht zuletzt: Welche Konsequenzen hat das „neue Denken“ für den militärischen Bereich?

Es wird hier eine erste Zwischenbilanz gezogen, um festzustellen, wie das „neue Denken“ begründet wird, welche Hauptkenntnisse aus der bisherigen Debatte zu ziehen sind und welche politischen Anknüpfungspunkte sich für uns daraus ergeben. Dabei zeigt sich u. a.:

1. Obgleich das „neue Denken“ noch in den Anfängen steckt, gibt es wichtige Veränderungen. Die wichtigste: Das neue Herangehen wird nicht aus den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes definiert, sondern aus der Logik des Atomzeitalters.
2. Friedensfähigkeit wird auch dem Gegner, der zum Partner bei der Friedensfrage wird, bescheinigt.
3. Dennoch zeigen sich zwei Linien: die der Gesellschaftswissenschaftler, die im obigen Sinne an die gegebene Situation herangehen, und die der Militärs, die vom überkommenen Feindbild nicht wegkommen.
4. Im Unterschied zur UdSSR beschränkt die DDR das „neue Denken“ auf die Außen- und Friedenspolitik.

Günther Heydemann: Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis in der DDR seit 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/87, S. 15–26

Was Historiker im anderen Teil Deutschlands erforschten und veröffentlichten, ist von der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit kaum beachtet worden – zumeist mehr aus politisch-ideologischen denn aus wissenschaftlichen Gründen. Der Übergang von einem „selektiven“ (=auswählenden) zu einem „integralen“ (=ganzheitlichen) Geschichtsbild in der DDR hat die bisherige Situation jedoch grundlegend verändert. Im Zentrum der historischen Forschung im anderen deutschen Staat stehen nicht mehr einige ausgewählte, „favorisierte“ Themen und damit lediglich Teile der deutschen Geschichte, sondern die ganze deutsche Geschichte mit allen Höhen und Tiefen und ohne Wenn und Aber. Angesichts dessen, daß die identitätsstiftenden Chancen des Geschichtsverständnisses heute wesentlich besser ausgeschöpft werden als früher, wird das inzwischen präsentierte Geschichtsbild zu einer deutschlandpolitischen Herausforderung.

Die Entwicklung eines differenzierteren und ausgewogeneren Geschichtsbildes hängt eng mit der spezifischen Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Historiographie in der SBZ/DDR selbst zusammen. Hier lassen sich drei Phasen unterscheiden: eine atypische, noch von sogenannten „bürgerlichen“ Historikern mitbestimmte Übergangsphase zwischen 1945 und 1948/49, eine Konstituierungsphase als marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren und eine Konsolidierungsphase in den sechziger Jahren, wobei sich aber in beiden Zeitabschnitten die Rahmenbedingungen (z. B. das Verhältnis Partei-Geschichtswissenschaft) nicht änderten, und schließlich eine seit Beginn der siebziger Jahre einsetzende Verwissenschaftlichungsphase, deren besondere Kennzeichen ein dialogisches Verhältnis zur SED sowie bemerkenswerte erweiterte, theoretische und methodologische Freiräume darstellen.

Plakativ formuliert ist der harte stalinistische Zugriff der Partei Ende der vierziger Jahre und in den fünfziger Jahren einer flexibleren, gleichwohl fortdauernden leninistischen Kontrolle gewichen, hat dadurch aber die DDR-Geschichtswissenschaft zu Marx als dem immer noch originellsten Denker des Marxismus-Leninismus selbst zurückfinden lassen. Es bedarf keiner weiteren Begründung, diese Entwicklung und damit den neuen Umgang mit der Geschichte im anderen deutschen Staat politisch und wissenschaftlich ernst zu nehmen.